H 8040 F
ISSN 1619-1404
27. Jahrgang
Nummer 158
Januar | Februar 2016
3,50 Euro



DEUTSCHLAND



Unser Titelbild zeigt den ausgebrannten Dachstuhl einer Unterkunft für Flüchtlinge in Tröglitz / Sachsen-Anhalt. Mark Mühlhaus/attenzione machte im April 2015 dieses Bild, das symbolhaft für hunderte rassistischer Brandanschläge steht.

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

nachdem die Urheberrechte 70 Jahre lang eine Veröffentlichung verhindert hatten, erschien Hitlers »Mein Kampf« Anfang 2016 in einer wissenschaftlich kommentierten Ausgabe. Zu NS-Zeiten ein Bestseller, galt die Kampfschrift nach 1945 als Beleg dafür, dass die nationalsozialistischen Vernichtungsabsichten keineswegs geheim gewesen waren. Auch die entlastenden Nachkriegslegenden, dass der »Führer« vom Holocaust weder gewusst noch ihn gutgeheißen habe, erscheinen haltlos: Hitler, der das Buch 1924/1925 verfasste, beschrieb ganz deutlich die Absichten, durch einen »Rassenkrieg« Lebensraum im Osten zu schaffen.
Selbst wenn die Urheberrechte nicht mehr gelten, bleibt das Buch verboten. Für die Neupublikation wurde eine Ausnahme gemacht, die auf ein geteiltes Echo stößt. Das Münchner »Institut für Zeitgeschichte«, das die NS-Zeit bereits kritisch beleuchtete, als die deutsche Gesellschaft von den Verbrechen des Nationalsozialismus nichts hören wollte, hat in mehrjähriger Arbeit die Kommentierung vorgenommen. Das Institut sieht die Publikation als Beitrag zur historisch-politischen Aufklärung, nicht zuletzt, um die Aura des Geheimnisvollen zu brechen. Dass die erste Auflage des Buches – 4.000 Exemplare – bereits durch die Vorbestellungen ausverkauft war, muss nicht unbedingt auf ein breites Alt- und Neonazipublikum verweisen. LehrerInnen, WissenschaftlerInnen und historisch Interessierte stellen womöglich den Großteil der KäuferInnenschaft. In Antiquariaten und auf Flohmärkten sowie im Ausland war das Buch ohnehin immer schon erhältlich gewesen.
Auch Schulen – wie in Niedersachsen – denken darüber nach, die kommentierte Ausgabe im Unterricht zu behandeln. Es bleibt zu hoffen, dass die LehrerInnen das entsprechende Rüstzeug mitbringen, um konsequent humanistische und demokratische Werte und Positionen zu vermitteln.

Schrei nach Liebe

von Andreas Speit



> *Junge, unwissende Hausfrau und Katzenliebhaberin Beate Zschäpe bei einem Naziaufmarsch*

Sie redeten und sagten nichts. Im NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht München brachen die Hauptbeschuldigten Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben ihr Schweigen. Der gemeinsame Tenor der unterschiedlichen Einlassungen: Wir wussten nichts von den Morden, haben nichts gegen »Ausländer«, lehnen Gewalt ab. Allein der ehemalige V-Mann Tino Brandt habe erst ihre früheren »Aktivitäten« und später die Hilfe für die Flucht ermöglicht. Ein Affront für die Angehörigen der Opfer des NSU-Netzwerkes.

Im Saal A 101 drehte sich Zschäpe am 9. Dezember 2015 nicht wie sonst von den Kameras weg. Am 248. Tage des seit zweieinhalb Jahren laufenden Prozesses ließ sich die 40-Jährige erstmals bei ihrer angekündigten Einlassung ablichten. Der Tag sollte ihr Tag sein. Ihre neuen zusätzlichen Rechtsanwälte Mathias Grasel und Hermann Borchert hatten die Erwartungen hochgeschraubt. Grasel versicherte, ihre Mandantin werde sich umfassend einlassen – auch zu den Taten. Schon vor der Aussage rückten die Opfer des NSU-Kerntrios Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe – die zehn ermordeten Menschen und vielen Verletzten durch drei Bombenanschläge und 15 Banküberfälle – in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung. Zschäpe wollte im Mittelpunkt stehen und so war es dann auch. Sprechen durfte Grasel für sie. In rund 90 Minuten verlas er die Einlassung, in der sie die ihr anfänglich von Teilen der Medien zugeschriebene Rolle der »Nazi-Braut«, des »Nazi-Liebchens« und des »Anhängsels der Naziterroristen« sich nun selbst zuschreibt. Politische Meinung? Gleichberechtigtes Mitbestimmen? Grasel suggerierte für sie vielmehr, sie sei eine friedfertige Person, die lange schmolle, wenn sie enttäuscht werde, und eine tierliebe Katzennärrin, die sich einfach in den falschen Mann verliebt habe, in den Uwe, den Böhnhardt. »Weder an der Vorbereitung noch an der Durchführung« der Taten sei sie beteiligt gewesen. Sie fühle sich aber »moralisch schuldig«. »Ich entschuldige mich aufrichtig bei allen Opfern und Angehörigen der Opfer«, trug Grasel vor.

Nach dem ersten Mord an Enver Şimşek am 9. September 2000 will sie »völlig geschockt« gewesen sein, habe sich mit Böhnhardt und Mundlos gestritten. Später, nachdem ihre »Uwes« sich brüsteten, »vier weitere Ausländer umgelegt« zu haben, sei sie auch »unglaublich enttäuscht« gewesen. Außer den toten »Uwes« belastete sie nur Tino Brandt. Der ehemalige Leiter des »Thüringer Heimatschutzes« und V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz habe durch Geld »unsere Aktivitäten erst ermöglicht«. Die Anfeindung überraschte wenig. Hatte er sie doch in der Verhandlung als »ideologisch gefestigt« bezeichnet – und somit die Anklage untermauert.

»Sie lügt, sie tut so, als wäre sie nicht beteiligt gewesen und hätte von nichts gewusst. Wir glauben ihr nicht«, empörte sich Ismail Yozgat, der Vater des ermordeten Halit Yozgat. »Nach dem ersten Mord sei sie angeblich so erschüttert gewesen, dann hätte sie zur Polizei gehen müssen und weitere neun Morde verhindern können«, so Yozgat. Gamze Kubasik, deren Vater ebenfalls dem NSU zu Opfer gefallen ist, meinte: »Mit ihrer Erklärung versucht Frau Zschäpe, sich aus der Verantwortung zu ziehen.« Die Entschuldigung nehme sie nicht an. Ähnlich wie Abdulkerim Şimşek, Sohn des NSU-Opfers Enver Şimşek, der lapidar kommentierte: »Einfach nur lächerlich.«

Drei Verhandlungstage danach erklärte Wohlleben, ebenso nichts von den Plänen »der Freunde« gewusst zu haben. Am 251. Verhandlungstag legte der frühere NPD-Funktionär dar, bei der Flucht geholfen und auch eine Waffe mit einem Schalldämpfer an Böhnhardt geliefert zu haben. Aber ob nicht eher der Mitbeschuldigte Carsten S. jene Česká-Pistole besorgte, mit der die »Uwes« neun Migranten erschossen, warf der 40-Jährige ein. Dieses Anzweifeln verwundert nicht. Ist das doch der Hauptvorwurf gegen ihn. Zu Brandt meinte er ebenfalls, dass dieser maßgeblich Fluchthilfe organisiert habe. Weiter spekulierte er, ob nicht das Geld für die Pistole mit dem Schalldämpfer von Brandt kam – also vom Staat. Ganz der Linie des Thüringischen Verfassungsschutzes unter dem damaligen Leiter Helmut Roewer folgend, inszenierte er sich erneut sozial engagiert, gewaltfrei und kapitalismuskritisch. Im Saal A 101 ließ er gar einen Propagandafilm zeigen, um dieses Selbstbild zu untermauern; nicht ohne sich auch als Opfer zu gerieren – als Opfer der »Wende«, der »Polizei« und der »Linkskriminellen«. Vor seiner Aussage ließ er über seine Anwälte wissen, »seinen Idealen und politischen Überzeugungen treu« geblieben zu sein. Seine Entschuldigung, »den Angehörigen der Opfer gilt mein Mitgefühl«, klang da kaum glaubwürdig.

»Die Aussage ist eine Frechheit«, kommentierte Alexander Hoffmann, Vertreter der Nebenklage die Einlassung von Zschäpe. »Sie tut so, als wenn es keine Helfershelfer gegeben hätte, die Wohnungen, Geld, Waffen und Papiere besorgt hätten. Da schweigt sie, wie so viele rechtsextreme Zeugen.« Gemeinsam sei beiden Einlassungen, dass sie jede persönliche Schuld von sich weisen. »Und gemeinsam ist beiden Einlassungen, dass sie schon in sich völlig unplausibel sind.«

In den Weihnachtsferien des Gerichts griff Zschäpe erneut ihre ehemaligen VerteidigerInnen Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm an. Sie hält ihnen erneut vor, beim Vorschlag zu reden die Antwort bekommen zu haben: »Sind Sie irre, Frau Zschäpe?« Vielleicht ahnten die drei, dass Zschäpes Aussage, aus bloßer Liebe das elfte Opfer des NSU geworden zu sein, wenig dienlich sein könnte. Beide Hauptbeklagten haben das Gericht genutzt, um sich zu inszenieren und die Opfer und ihre Angehörigen haben sie erneut missachtet: Zschäpe, indem sie sich weigert, Fragen der Nebenklage überhaupt zu beantworten, und Wohlleben, indem er sich weigert, ein Passwort für eine verschlüsselte Festplatte heraus zu geben. Von beiden ist keine Aufklärung zu erwarten – und auch keine Reue.



Der »Fatalist«: Desinformation als Strategie

Das Blog »NSU Leaks« verbreitet gezielt Desinformation zum NSU-Komplex – eine Strategie, die vor allem darauf abzielt, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe sowie die weiteren Angeklagten im laufenden Prozess am Oberlandesgericht München zu entlasten.

von Jara Behrens und Kaya Schwarz

Zum Hintergrundrauschen des NSU-Komplexes in den sozialen Medien gehört seit dem Frühjahr 2014 das Blog »NSU Leaks«. Dahinter steht vor allem ein Blogger, der unter dem Namen »Fatalist« in Erscheinung tritt. Mit Hilfe dieses und anderer Pseudonyme, Websites, Blogs und Twitter-Accounts veröffentlicht er gezielt einseitige Informationen und Akten aus dem Ermittlungsverfahren gegen Beate Zschäpe und die anderen Angeklagten. Damit versucht er, gezielt die öffentliche Meinung zu Gunsten des NSU-Kerntrios zu beeinflussen. Hilfestellung erhält »Fatalist« dabei aus der extremen Rechten und der weiten Welt der VerschwörungstheoretikerInnen. Aber auch bürgerliche Medien und populäre AutorInnen bedienen sich bei »Fatalist«. Der Fernsehautor Clemens Riha widmete ihm und seinem »Arbeitskreis NSU« gar einen eigenen Beitrag in der »Kulturzeit« von 3Sat. Der Autor Wolfgang Schorlau erwähnt in seinem NSU-Verschwörungskrimi »Die schützende Hand« neben anderen Quellen auch »Fatalist« als »ominösen Mann«, der »Insiderwissen« unter die Leute bringe.

Entlastung der extremen Rechten

Bei Recherchen zum Netzwerk um »Fatalist« wird schnell deutlich, dass das Blog »NSU Leaks« als Flaggschiff für ein halbes Dutzend weiterer Websites wie »Sicherungsblog« und Twitter-Accounts wie »@Rabenzauber« auftritt. Ziel dieses Netzwerks scheint zu sein, durch gezielte Desinformation und das Spiel mit vermeintlichen Quellen aus den Ermittlungsakten eine Erzählung im NSU-Komplex voranzutreiben, von der Neonazis und Verfassungsschutzbehörden gleichermaßen profitieren. Denn hier wird das Netzwerk des »Nationalsozialistischen Untergrunds« als Erfindung der Geheimdienste dargestellt. Damit werden einerseits der mörderische Rassismus sowie der unbedingte Willen der Neonazis, diesen mörderischen Rassismus in die Tat umzusetzen, geleugnet. Andererseits profitieren die Verfassungsschutzbehörden indirekt von »NSU Leaks«, weil mit Beiträgen im Blog gezielt gegen antifaschistische Recherche und engagierte JournalistInnen gehetzt und damit deren Kritik an der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden diskreditiert wird. Gleichzeitig transportiert das Blog offenen Rassismus: So wurden beispielsweise auf »NSU Leaks« Betroffene der Sprengstoffanschläge und Angehörige der Mordopfer nach ihren ZeugInnenaussagen am Oberlandesgericht München gezielt lächerlich und unglaubwürdig gemacht und – wie im Fall der Überlebenden des Sprengstoffanschlags auf das Lebensmittelgeschäft einer iranischen Familie in der Propsteigasse in Köln im Jahr 2001 – gezielt persönliche Details der Betroffenen veröffentlicht. Die Aufklärungsblockade der Geheimdienste und die vielen offenen Fragen im NSU-Komplex tragen nicht unwesentlich dazu bei, dass viele apolitische und/oder für Querfront-Ideen anfällige LeserInnen bereit sind, der Selbstdarstellung von »Fatalist« und seines Netzwerks als vermeintliche »Whistleblower« Glauben zu schenken. Faktisch geht es in jedem Beitrag von »NSU Leaks« darum, die grundsätzliche Botschaft zu verstärken, dass

[*] An dieser Stelle haben wir im ursprünglichen Artikel fälschlicherweise eine Person genannt, bei der die CD sichergestellt worden sein sollte. Diese Information über die genannte Person war falsch und beruhte auf einer bedauerlichen Verwechslung. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler bei unseren LeserInnen.

es sich beim Neonazi-Netzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« um eine Erfindung von Geheimdiensten handle, die nun von linken Medien im Kampf gegen die extreme Rechte verwendet wird.

Ein Netzwerk

Im Sommer 2014 hatte sich ein bis dato unbekannter »Arbeitskreis NSU« an den Innenausschuss des Bundestages gewandt. Das Schreiben, das deutschen Behörden Aktenmanipulation vorwirft, ist von mehreren Autoren verfasst. Als deren Kopf gilt Christian Reißer, der derzeit in Kambodscha lebt und dort eine Firma zur Montage von Solarzellen betreibt. Unter den Unterzeichnern des Briefs, die gegenüber dem Bundestagsinnenausschuss als »Arbeitskreis NSU« auftreten, findet sich auch ein knappes Dutzend Männer aus dem rechtskonservativen Milieu: Vom Unterzeichner eines Appells für den inhaftierten Holocaustleugner Horst Mahler bis zu einem ehemaligen Mitglied der »Jungen Union« ist alles dabei.

Für die Strafverfolgungsbehörden handelt es sich beim »Arbeitskreis NSU« um »Eingabeverfasser mit kruden Verschwörungstheorien«, deren »vorsätzliche Fälschung von Ermittlungsergebnissen« von den wahren Tätern ablenken« solle. Die Staatsanwaltschaft Zwickau führt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf einen Verstoß gegen Paragraf 353d Nr. 3 StGB – »Verbotene Mitteilung über Gerichtsverfahren« – gegen Christian Reißer. Reißer hat es in kurzer Zeit geschafft – vor allem durch Suchmaschinenoptimierung seiner Blog-Beiträge – bei Google-Suchen im NSU-Kontext – ganz oben zu erscheinen. Bei dem umtriebigen Forenschreiber des rechtsaußen Portals »Politikforen.net«, das auch als Auffangbecken des verbotenen »Thiazi-Forums« gilt, soll es sich um »Fatalist«, den Betreiber des vielgeklickten und zitierten Blogs »NSU-Leaks« handeln.

Christian Reißer

Der Diplom-Ingenieur, Jahrgang 1966 und geborener Kölner, unterhielt bis Herbst 2013 ein Unternehmen für regenerative Energien in Steinberg bei Zwickau. Ein Löschungsantrag im Handelsregister liegt seit dem 24. Oktober 2013 vor. Auf Facebook trat Reißer mehrere Jahre lang unter dem Pseudonym »Christian Penha« auf. Sein Profil zierte nach November 2011 das Konterfei der Comicfigur Pink Panther – eben jener Comicfigur, die das neonazistische Terrornetzwerk NSU durch seine menschenverachtende Bekenner-DVD von Tatort zu Tatort spazieren lässt. Unter den überwiegend familiären Kontakten des Christian Penha sticht Bernhard M. Renner hervor, der Stützpunktleiter der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) in Minden war und bis 2004 eine Haftstrafe für einen rassistischen Überfall auf einen Libanesen verbüßte. Renner war bis zu seinem Tod im Herbst 2015 nicht nur aktiv im »Arbeitskreis NSU«, sondern auch einer der wenigen Freunde, die schon lange im Profil von Christian Reißer auf Facebook auftauchten, und nicht dessen familiären oder sozialen Umfeld entstammten.

Die »NSU/NSDAP«-CD

Am 13. November 2013 postete »Fatalist« auf der Website »Politikforen.net« in einem Thread, der sich mit dem NSU unter dem herabwürdigenden Titel »Döner-Morde« befasst, das Booklet und Inhaltsverzeichnis einer CD mit dem Titel »NSU-NSDAP«. Wenige Monate später, im Frühjahr 2014, übergab ein V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg eben jene CD an seinen V-Mann-Führer. Ein weiteres Exemplar wurde in Krakow am See (Mecklenburg-Vorpommern) bei einer Razzia wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz gefunden. Im März 2014 stellte das BKA eine weitere CD im Bundesamt für Verfassungsschutz sicher. Eine vierte CD wurde in Chemnitz im Zuge einer Razzia infolge des Verbots der »Nationalen Sozialisten Chemnitz« beschlagnahmt. [*] Auffällig ist, dass sowohl die von Christian Reißer auf »Politikforen.net« gepostete Inhaltsstruktur der »NSU/NSDAP«-CD als auch die in Chemnitz sichergestellte CD identisch sind. Als Verteiler der CD gilt der mittlerweile verstorbene Neonazi und staatliche Zuträger Thomas Richter, alias V-Mann »Corelli«, der zuletzt bei Paderborn in Obhut des Bundesamtes für Verfassungsschutz lebte und im April 2014 starb.

Veröffentlichungen Thüringer Ermittlungsakten

Eine dritte Verbindung zur Neonazi-Szene führt nach Thüringen. Schon zwei Mal postete »Fatalist« Auszüge aus Ermittlungsakten der Thüringer Polizei. Die Dokumente legen nahe, dass »Fatalist« im Austausch mit Neonazis aus den Strukturen des »Freien Netz Thüringen« steht. Zum einen handelt es sich um Dokumente und Korrespondenz rund um ein Strukturermittlungsverfahren der »SOKO Feuerball« aus dem Jahr 2010. Darin wurden Neonazis mit Verbindungen zu dem vor dem Oberlandesgericht München wegen NSU-Unterstützung angeklagten Ralf Wohlleben beschuldigt, Waffen und Sprengstoff zu besitzen und damit Anschläge auf Linke verüben zu wollen. Im zweiten Fall handelt es sich um Akten, die im Zusammenhang mit einem Vorwurf der Körperverletzung gegen AntifaschistInnen entstanden sind. Die verwendeten Dokumente können in diesem Fall über die vermeintlich Geschädigten die ebenfalls Akteneinsicht hatten, an »Fatalist« gelangt sein.

Auch wenn noch eine Reihe von Fragen zu »Fatalist« und dessen Netzwerk offen sind, so steht doch ein zentrales Ergebnis längst fest: AntifaschistInnen und seriöse JournalistInnen sollten alles daran setzen, der Selbststilisierung und Selbstinszenierung des »Fatalisten« als »Aufklärer« beziehungsweise »Whistleblower« entgegen zu wirken.

Chronik des NSU – XIII
(11. Juli bis 20. Dezember 2015)

von Katrin Huber

20. Juli: Die drei PflichtverteidigerInnen von Beate Zschäpe, Anja Sturm, Wolfgang Stahl und Wolfgang Heer, stellen vor Gericht einen Antrag auf Entpflichtung als VerteidigerInnen. Das Gericht lehnt die Anträge ab.

30. Juli: Bei der Befragung des ehemaligen V-Mann-Führers von Carsten Szczepanski, der unter dem Decknamen »Piatto« für das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg gearbeitet hatte, kommt es vor dem Oberlandesgericht (OLG) München zu einem Eklat. Auf Drängen von NebenklägerInnen beschlagnahmt Richter Götzl einen Aktenordner, den der Zeuge in den Gerichtssaal mitgebracht hat. Obwohl die Bundesanwaltschaft darauf hinweist, dass der Zeuge ein »Dienstvergehen« begehe, würde er den Ordner herausgeben, bleiben die Dokumente in der Obhut des Gerichts. Die Vernehmung des Zeugen wird unterbrochen.

19. August: Der nordrhein-westfälische Untersuchungsausschuss beginnt mit der Vernehmung von ZeugInnen. Als ersten Themenkomplex behandelt der Ausschuss den Sprengstoffanschlag in der Kölner Probsteigasse im Januar 2001.

20. August: Medienberichten zufolge hat das brandenburgische Innenministerium einen Sperrvermerk für den Inhalt einer vom OLG München am 30. Juli sichergestellten Akte verhängt. Die Unterlagen waren von dem Führer des V-Mannes »Piatto« zur Gerichtsverhandlung nach München mitgebracht worden.

7. September: Im nordrhein-westfälischen Untersuchungsausschuss beginnen die ZeugInnenvernehmungen zum Sprengstoffanschlag in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004.

28. September: Das brandenburgische Innenministerium gibt bekannt, dass es die Geheimhaltung der Unterlagen zum V-Mann »Piatto« aufheben will.

19. Oktober: Im nordrhein-westfälischen Untersuchungsausschuss sagen Betroffene des Anschlags in der Keupstraße (Köln) aus.

30. Oktober: Nach Aussagen des Magazins »Der Spiegel« hat das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz Ende der 1990er Jahre einen weiteren, bisher unbekannten V-Mann geführt, der in Chemnitz im sächsischen »Blood & Honour«-Milieu aktiv gewesen war.

9. November: Beate Zschäpe kündigt an, vor Gericht auszusagen und löst damit einen großen Medienwirbel aus.

10. November: Beate Zschäpe erhält mit Hermann Borchert einen fünften Verteidiger, der anders als Heer, Stahl, Sturm und Grasel ein Wahlverteidiger ist.

11. November: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags stimmen für die Einsetzung eines neuen NSU-Untersuchungsausschusses im Bund. Den Antrag hatten alle Fraktionen gestellt. Im Fokus stehen insbesondere die Ermittlungen nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011.

12. November: Nach Zschäpes Ankündigung, ihr Schweigen zu brechen, bereitet nach Informationen des Magazins Der Spiegel nun auch ihr Mitangeklagter Ralf Wohlleben eine Aussage vor.

14. November: Das Thüringer Innenministerium findet bisher unbekannte NSU-Dokumente, die Informationen zu zwei Banküberfällen des NSU und vermeintlich verschollene Tatortfotos vom 4. November 2011 enthalten.

23. November: Der Kasseler Staatsanwalt Götz Wied sagt vor dem hessischen Untersuchungsausschuss aus, das hessische Landesamt für Verfassungsschutz habe sich bei den Mordermittlungen 2006 »kooperativ« verhalten. Die V-Leute des VS-Mitarbeiters Andreas Temme habe man jedoch auf Grundlage einer Entscheidung des damaligen Innenministers Volker Bouffier (CDU) nicht vernehmen dürfen.

7. Dezember: Der NSU-Untersuchungsausschuss Baden-Württemberg hält seine letzte öffentliche Sitzung ab. Ein neuer Untersuchungsausschuss soll nach der Wahl im März 2016 die Arbeit fortsetzen.

9. Dezember: Zum ersten Mal seit Beginn des NSU-Prozesses vor dem OLG München äußert sich Beate Zschäpe. Ihre Einlassung lässt sie über ihren Verteidiger Mathias Grasel verlesen. Ihr 53-seitiges Statement bringt wenig neue Fakten ans Licht, über mögliche HelferInnen oder MitwisserInnen verliert sie beispielsweise kein Wort. Im Kern bestreitet Zschäpe, Mitglied des NSU gewesen zu sein. Von den Morden und Sprengstoffanschlägen habe sie immer erst im Nachhinein erfahren. Die Taten habe sie stets missbilligt; weil sie jedoch von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos abhängig gewesen sei und eine lange Haftstrafe gefürchtet habe, habe sie sich nicht der Polizei gestellt. Zschäpes Selbstdarstellung als abhängige Mitläuferin wird in der Öffentlichkeit äußerst kritisch gesehen. Viele NebenklägerInnen reagieren empört: »Die angebliche ‚Entschuldigung' für die Taten von Mundlos und Böhnhardt nehme ich nicht an: sie ist eine Frechheit, vor allem, wenn sie dann noch verbunden wird mit der Ansage, keine unserer Fragen zu beantworten.« So kommentiert Gamze Kubaşik, Tochter des 2006 in Dortmund ermordeten Mehmet Kubaşik, die Einlassung Zschäpes.

16. Dezember: Ralf Wohlleben, der als Angeklagter im NSU-Verfahren bisher geschwiegen hat, verliest im Münchner Oberlandesgericht seine Aussage. Den Vorwurf der Beihilfe zum Mord weist er zurück und streitet ab, die Mordwaffe beschafft zu haben.

17. Dezember: Der zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Bundestag zum NSU hält mit einer Sachverständigenanhörung seine erste öffentliche Sitzung ab. In der Anhörung geht es insbesondere um die aktuelle Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus und die Frage, wie das Netzwerk um den NSU-Kern aussah.

18. Dezember: Im hessischen Untersuchungsausschuss wird der ehemalige Präsident des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz, Lutz Irrgang, vernommen; er kann sich jedoch nur noch an Weniges erinnern.

Percy Hovens rechte Aktivitäten

Augsburg. Nachdem enttarnt wurde, dass Percy Hoven hinter der Kunstfigur des »Alfons Proebstl« steckt, versuchte er, dies als reine Satire darzustellen, was angesichts seiner bisherigen Aktivitäten unglaubwürdig erscheint. So produzierte Hoven als mit Gummimaske maskierter »Dr. Alfons Proebstl« mehrere dutzend Folgen der Online-TV-Sendung »Alles muß raus!« und verfasste für die rechts-libertäre Publikation »eigentümlich frei« eine eigene Kolumne. Die Online-Clips erfreuten sich wegen ihrer antilinken, antifeministischen und rassistischen Inhalte großer Beliebtheit und wurden unter anderem über das islamfeindliche Blog »PI-News« verbreitet. Hoven nahm 2015 an einem Sommerseminar der rechten »Wissensmanufaktur« teil und trat am 6. April 2015 bei PEGIDA in Dresden auf. Im Jahr 2000 moderierte er die Fernsehshow »Big Brother«, derzeit ist er bei einem Augsburger TV-Sender beschäftigt.

Prozess gegen ehemaligen SS-Mann

Schwerin. Der ehemalige SS-Mann Hubert Z. wird von der Staatsanwaltschaft Schwerin beschuldigt, jahrelang im Konzentrationslager Auschwitz Beihilfe zur Ermordung von mehreren tausend Häftlingen geleistet zu haben. Im Februar 2015 hatte die Staatsanwaltschaft bereits Anklage wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 3.681 Fällen erhoben, war aber vor dem zuständigen Gericht in Neubrandenburg gescheitert, das auf den Gesundheitszustand des 95-Jährigen verwies. Das Oberlandesgericht Rostock erklärte den Rentner auf der Grundlage eines neuen Gutachtens nun für »eingeschränkt verhandlungsfähig«. Nach dem Krieg war Z. in Krakau wegen seiner SS-Zugehörigkeit bereits zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Er teilte mit, seine Schuld damit beglichen zu haben.

Holocaust-Leugnerin

Hamburg. Die 87-jährige »Collegum Humanum«-Mitbegründerin Ursula Haverbeck ist am 12. November 2015 vor dem Amtsgericht Hamburg wegen Volksverhetzung zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt worden. Sie hatte im ARD-Magazin »Panorama« behauptet, Auschwitz sei kein Vernichtungslager gewesen und den millionenfachen Mord an jüdischen Menschen durch die NationalsozialistInnen habe es nicht gegeben. Vor Gericht wiederholte sie ihre Aussagen. Rund 30 UnterstützerInnen waren zum Prozess angereist, darunter Arnold Höfs, Schatzmeister des Holocaust-Leugner-Netzwerkes »Europäische Aktion«, der ehemalige NPD-Kommunalpolitiker Rigolf Hennig und der schleswig-holsteinische NPD-Landesverbandsvorsitzende Ingo Stawitz. Derzeit ermitteln die Staatsanwaltschaften Bielefeld und Verden ebenfalls wegen Volksverhetzung; Haverbeck wurde in der Vergangenheit bereits dreimal deswegen verurteilt, zuletzt in München im Jahre 2010 zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe. Am 5. Dezember nahm sie an einer Weihnachtsfeier der NPD-nahen Regionalzeitung »Wartburgkreisbote« in der Thüringer Parteizentrale der NPD teil.

Holocaust-Leugner

Nürnberg. Am 17. November 2015 wurde der Holocaust-Leugner Gerhard Ittner vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Ittner hatte zwischen 2011 und 2012 Schriften verbreitet, in denen der Holocaust geleugnet wurde. 2005 war er schon einmal verurteilt worden, tauchte aber unter. Erst sieben Jahre später wurde er in Portugal festgenommen. Ob das Urteil rechtskräftig ist, steht noch nicht fest.

Dortmunder Rathaussturm: Neonazi verurteilt

Dortmund. Der aktive Neonazi und Mitglied der Bezirksvertretung, Daniel Grebe, ist am 26. November 2015 vor dem Amtsgericht Dortmund zu insgesamt 22 Monaten Haft verurteilt worden. Für einen Flaschenwurf während der Kommunalwahl 2014, bei dem AnhängerInnen der Neonazi-Partei »Die Rechte« das Rathaus stürmen wollten, wurden 16 Monate verhängt. Ein Vertreter der Piratenpartei war dabei verletzt worden. Weitere sechs Monate bekam er für einen Böllerwurf auf einen Polizisten in der Silvesternacht 2013/2014. Grebe hat bereits vier Vorstrafen, unter anderem wegen gemeinschaftlicher gefährlicher und versuchter Körperverletzung, uneidlicher Falschaussage, Bedrohung, Landfriedensbruch und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. In Dresden war er 2011 während des »Trauermarsches« an Angriffen auf PolizistInnen mit Pyrotechnik, Steinen, Betonresten und Zwillen beteiligt. Grebe legte Berufung gegen das Urteil ein. Weitere Verfahren gegen »Die Rechte«-Anhänger werden derzeit vorbereitet.

»Besseres Hannover«

Hannover. Am 18. Dezember 2015 sind Marc-Oliver Matuszewski und Denny Subke, die der Führungsriege der 2012 verbotenen Neonazi-Gruppierung »Besseres Hannover« zugerechnet werden, wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht zu Bewährungsstrafen von sieben Monaten verurteilt worden. Sie hatten Videos produziert und verbreitet, in denen Mitglieder der Gruppe im Bärenkostüm als »Abschiebär« zum Hass gegen Geflüchtete aufriefen. Die Gruppe führte seit 2008 Propagandaaktionen durch. Bei der Razzia am Tag des Verbots wurden Waffen, Propagandamaterial und NPD-Plakate beschlagnahmt; die Ermittlungsakten sollen 19 Umzugskartons gefüllt haben. Die Verteidiger der Angeklagten, Wolfgang Nahrath und Thomas Jauch, kündigten an, vor dem Bundesverfassungsgericht Revision gegen das Urteil einlegen zu wollen.

Druck von allen Seiten

Auf ihrem Bundesparteitag in Weinheim will die NPD zeigen, dass die Zeit des internen Streits vorbei ist. Doch die Probleme sind unübersehbar: Die »Alternative für Deutschland« setzt die NPD unter Druck, ihre Finanzprobleme und das drohende Parteiverbot sind nicht abgewendet – und ihr Vorsitzender Frank Franz bleibt umstritten.

von Martín Steinhagen und Hanning Voigts



^ *Frank Franz (Vorsitzender der NPD) 2015*

Eigentlich geht es in Weinheim um die Satzung, parteipolitisches Graubrot. Beim Bundesparteitag der NPD in dem baden-württembergischen Städtchen Ende November trieb die Partei aber vor allem die Frage um, warum nicht sie, sondern die »Alternative für Deutschland« (AfD) von der ressentimentgeladenen Stimmung gegen Flüchtlinge profitiert. Dabei ist die NPD auf eine seriöse Inszenierung bedacht: Man habe ja nichts gegen »echte« Kriegsflüchtlinge, sagt der Bundesvorsitzende Franz Franz bei einer Pressekonferenz unter dem 90er-Jahre-Motto »Das Boot ist voll«. Die NPD müsse »mit sympathischen Leuten« auftreten und die »Partei der Normalität« werden, gibt er den Delegierten später mit auf den Weg. Völkische Argumente werden gemieden, von Gewalt wird sich pflichtbewusst distanziert. »Uns geht es darum, in der politischen Debatte Handlungsdruck aufzubauen«, sagt Franz. Gegen Flüchtlinge bringt die NPD nur das vor, was man auch im AfD-Umfeld zu hören bekommt: Konkurrenz um Arbeitsplätze, Kosten für Versorgung und Unterbringung, innere Sicherheit. Auch die Parole »Wir sind nicht das Sozialamt der Welt« kramt der Mann aus Völklingen hervor – die hat es mittlerweile schon bis in die CSU geschafft.

Lästige Konkurrenz

Zur AfD zieht Franz in seiner Rede eine klare Grenze: Sie sei populistisch, aber »nicht wirklich systemkritisch«. Die NPD sieht Franz als »einzige authentische nationale Oppositionspartei«. Er kritisiert vor allem die »Westbindung« der AfD: Die Partei erkenne nicht, dass die USA für die vielen Flüchtlinge verantwortlich seien. Der Verlegenheitsvorsitzende Franz, der auf dem Parteitag seinen 37. Geburtstag feierte und sich nicht zur Wiederwahl stellen musste, wird auf der Bühne demonstrativ von Udo Voigt gelobt: »Frank, das hast du sehr gut gemacht«, sagt der Europaabgeordnete im Oberlehrerton. Franz habe gezeigt, dass er »den Laden wieder zusammenhalten« könne. Versöhnliche Töne gibt es auch von Udo Pastörs (Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern). Seine »politischen Differenzen« mit Voigt seien beigelegt. Glaubwürdig ist die inszenierte Harmonie nicht: Zwar wird Franz in Weinheim nicht offen angegangen, die alten Parteigranden Voigt und Pastörs ernten dennoch mehr Applaus als er. Bei Franz' Rede brandet nur einmal Jubel im Saal auf – als er die USA als »Völkermordzentrale« bezeichnet. Die rund 150 Delegierten sind skeptisch gegenüber den Erfolgsmeldungen ihres Vorsitzenden: Die NPD sei auf einem guten Kurs, behauptet Franz, die Mitgliederzahlen seien um acht bis zehn Prozent gestiegen, die »Deutsche Stimme« verzeichne 14 Prozent mehr Abonnements.

In die Parlamente

Um die Finanzen der Partei steht es weiterhin nicht besonders. Bundesschatzmeister Andreas Storr rechnet vor, dass die NPD 2014 insgesamt 459.000 Euro durch Mitgliedsbeiträge und 864.000 Euro durch Spenden eingenommen habe, dazu kommen 1,4 Millionen staatliche Mittel und weitere Geldquellen. Ausgegeben habe die Partei allerdings 3,3 Millionen Euro, es bleibt ein Fehlbetrag von 352.000 Euro. Dazu, so Storr, kommen Altschulden von 1,7 Millionen. Um die Lage zu verbessern, müsse vor allem die »Zahlungsmoral« der Kreisverbände in Richtung Bundespartei besser werden. Strategisch will sich die NPD auf die kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren. Ex-Generalsekretär Peter Marx wagt die These, die Partei könne in Sachsen-Anhalt sechs und in Mecklenburg-Vorpommern zwölf Prozent der Stimmen erreichen – und 2017 in den Bundestag einziehen. Sebastian Schmidtke, Landesvorsitzender in Berlin, soll den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt leiten. In Weinheim ist er auffällig umtriebig, ist für die eigene Security-Truppe zuständig und steht immer wieder auf der Bühne.

Die AfD als Door Opener

Am Rande des Parteitags ist von Voigt und Thorsten Heise zu vernehmen, dass die AfD der NPD langfristig nutzen werde. Als »Door Opener« für die NPD bezeichnet sie Voigt. »Die AfD politisiert Bürger an«, ergänzt Heise. Mit dem thüringischen Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke gebe es politisch nicht viele Berührungspunkte, man kenne sich flüchtig. Eine Zusammenarbeit schließt Heise aber nicht aus. Gerüchte, Höcke habe unter dem Pseudonym Landolf Ladig in NPD-Publikationen geschrieben, seien hingegen »totaler Quatsch«. Unbeeindruckt gibt sich Heise von der Parteienkonkurrenz durch »Der III. Weg« und »Die Rechte«: Sie seien zwar »nette Kameraden«, aber »junge Heißsporne«, die nichts bewegten.

V-Leute

Angesichts des drohenden Verbotsverfahrens zeigt sich die Partei öffentlich betont gelassen. Entspannt geht die Führungsebene auch damit um, dass der Verfassungsschutz vermutlich weiterhin V-Leute in der Partei unterhält. Diese seien »definitiv nicht alle abgeschaltet«, sagt Heise. Aber das sei ihm »schnurz«. Auch NPD-Rechtsanwalt Peter Richter geht von aktiven V-Leuten in den Landesverbänden aus.
Vor der abgeriegelten Weinheimer Stadthalle demonstrieren unterdessen bis zu 2.500 Menschen gegen die NPD. Die Polizei geht mit großer Härte gegen alle vor, die versuchen, die Zufahrtswege zur Stadthalle zu blockieren oder die Absperrungen zu überwinden. Rund 200 DemonstrantInnen werden in Gewahrsam genommen, zweimal muss die Polizei nach eigenen Angaben einen Rettungswagen für Demo-TeilnehmerInnen rufen. Die Polizei meldet 16 verletzte BeamtInnen. Demo-SanitäterInnen berichten von 89 Menschen, die behandelt werden mussten.

»Atmosphäre der Angst«

Am 1. März beginnt die Hauptverhandlung über den Antrag des Bundesrates zum Verbot der NPD. Drei Termine sind bis zum 3. März geplant. Der Bundesrat wirft der NPD vor, Gewalt gegen Flüchtlinge zu schüren.

von Andreas Speit



^ NPD-Aufmarsch gegen Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern 2013

In der mündlichen Verhandlung Anfang März wird Peter Richter um seine Partei kämpfen. Der nicht sehr große Mann, meist im dunklen Anzug mit Kurzhaarschnitt, Dreitagebart und eckiger Brille könnte vom Aussehen her fast alle Parteien vertreten – macht der Anfang 30-Jährige aber nicht. Vor dem Bundesverfassungsgericht will der Rechtsanwalt und stellvertretende Landesvorsitzende der NPD-Saarland ein Verbot seiner Partei abwenden. Das Verfahren wird längst auch in Politik und Medien mit einem neuen Argument angezweifelt: die Partei sei mittlerweile bedeutungslos, ein Verbot nicht mehr verhältnismäßig. Dieses neue Narrativ ist seit der Präsenz der PEGIDA-Bewegung auf der Straße und dem Zuspruch der »Alternative für Deutschland« bei Wahlen immer wieder virulent. Die Parteiaktivitäten von »Die Rechte« und »Der III. Weg« gegen Flüchtlingsunterkünfte befeuern die Debatte. Sie, nicht die NPD, würden die Entwicklung verschärfen. Eine Argumentation, die Christoph Möllers wenig nachvollziehen kann, nicht nur, weil die NPD mit rund 5.200 Mitgliedern die stärkste extrem rechte Partei ist – Tendenz steigend, wie der Bundesvorsitzende Frank Franz auf dem Bundesparteitag Ende November 2015 erklärte. Im Verfahren vertritt Möllers, zusammen mit Christian Waldhoff, den Bundesrat. »Ich fand das Narrativ, dass die NPD faktisch bedeutungslos sei, immer irritierend«, sagte Möllers unlängst. Die Partei verfüge heute über mehr Mandate in den Kommunen als vor fünf Jahren und sei bei der Landtagswahl in Sachsen nur knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert.

Dauerbrenner V-Leute

Zum Verhandlungsbeginn will Richter sogleich die »Abschaltung der Quellen, die informationsgewinnende Nachsorge sowie die Ausspähung der Prozessstrategie und Kommunikation mit der NPD mit dem Verfahrensbevollmächtigten« hinterfragen. »Die von mir aufgezeigten Verfahrenshindernisse werden gleich zu Beginn thematisiert werden«, versicherte er. Erneut scheint er zu hoffen, dass die V-Leute-Problematik vor einem Verbot schützen könnte. Vor dreizehn Jahren scheiterte der Antrag der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates, die älteste extrem rechte Partei Deutschland zu verbieten, wegen der Geheimdienste (siehe drr Nr. 82).

Vor der neuen Terminierung sorgten sich die RichterInnen erneut wegen der V-Leute. Der Bundesrat musste daher nachlegen. Am 13. Mai 2015 versicherten Möllers und Waldhoff in einem Schriftsatz, das »V-Personal« sei abgeschaltet und alle Quellen offen gelegt. Im Dezember 2011 seien noch zehn V-Leute aktiv gewesen, die jedoch bis zum 10. April 2012 abgeschaltet worden seien. Die NPD zweifelt dies an. »Die vorgelegten Aktenkonvolute beweisen lediglich, dass die vorgesetzten Dienststellen Weisungen erteilt haben, aber nicht, was tatsächlich getan wurde«, so Richter. Und er führt weiter aus, was den Stil der Verteidigung erkennen lassen könne: »Nach diesem Muster könnte der NPD-Parteivorstand Rundbriefe an sämtliche Verbände und Untergliederungen verschicken, in denen diese angewiesen werden, sich stets verfassungskonform zu verhalten. Durch Vorlage dieses Rundbriefs könnte dann der Beweis geführt werden, dass es keinerlei verfassungswidrige Aktivitäten in der NPD gibt.« Die Bundesführung findet es zudem »merkwürdig«, dass es in »den Bundesländern wie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, in denen die NPD sehr stark aufgestellt ist, keine Geheimdienstmitarbeiter gegeben haben soll«.

Hetzen für die Volksgemeinschaft

Am 28. August 2015 legt der Rechtsbeistand des Bundesrates wieder nach, aber nicht zur V-Leute-Problematik. In einem 140 Seiten starken Schriftsatz greifen Möllers und Waldhoff indirekt die Kritik der Unbedeutsamkeit auf. Sie legen dar, dass in einzelnen Bundesländern die NPD offen oder verdeckt bei der Krise der Flüchtlingspolitik eine »Atmosphäre der Angst« schüre. Mit über 370 Belegen führen sie an, dass »die NPD seit 2013 besonders aggressiv gegen Asylbewerber« agiere und eine rassisch definierte »Volksgemeinschaft« verwirklichen möchte. Sie spräche »in ihren Äußerungen Asylbewerbern die Menschenwürde ab« und scheue »vor Einschüchterung und Gewaltanwendung nicht zurück«. Ihre »aggressiven Aktivitäten« seien bei den »Vorfällen« in Dresden, Heidenau, Güstrow und Bautzen zu beobachten gewesen. Die Partei wäre zudem bei »Einschüchterungen und Bedrohungen von BürgermeisterInnen und anderen LokalpolitikerInnen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen« sowie in »Angriffe auf Kundgebungen politischer Gegner in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen« involviert. »Die NPD agiert durchsichtig, mit einer gemischten Struktur und als legaler Arm einer Bewegung«, so Möllers. NPD-Funktionäre würden ein Umfeld schaffen, in dem solche Ausschreitungen stattfinden können, was ein Verbot rechtfertige. In der veröffentlichten Gliederung liegt der Schwerpunkt der Vorhaltungen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die gesamten Belege sind nicht öffentlich, um Bedrohte nicht weiter zu gefährden.

»Nichts Neues«, meint die NPD per Pressemitteilung und verspricht: »Die juristische Auseinandersetzung wird in diesem Fall nicht nur um Rechtsfragen, sondern vor allem um Tatsachenfragen geführt werden« – kämpferische Töne in der Öffentlichkeit. Intern sorgt sich die Partei allerdings wegen ihrer Mitglieder und deren Aktivitäten. Dass der NPD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, über die »Judenrepublik« wetterte und vor türkischen Männern warnte, die mit ihren »Samenkanonen« nach Deutschland kämen und gegen die mit »Wort« und »wenn nötig mit der Hand« vorgegangen werden müsse, oder dass der NPD-Landesvorsitzende in Hamburg, Thomas Wulff, offen bekannte, »Nationalsozialist« zu sein, dürfte sicher wenig erfreut haben.



^ *Am 1. August 2015 in der brandenburgischen Kleinstadt Zossen*

Kaderorganisation mit Parteienprivileg

Seit der Gründung im September 2013 baut die Neonazipartei »Der III. Weg« in verschiedenen Regionen der Republik Strukturen auf. Dabei setzt sie auf offene NS-Verherrlichung, erfahrenes Personal, militantes Vorgehen und den Schutz durch das Parteienprivileg.

von Jan Nowak

Wunsiedel, 14. November 2015: Wie jedes Jahr zum Volkstrauertag marschieren Neonazis mit Fahnen, Fackeln und einem Birkenkreuz mit Stahlhelm durch die Kleinstadt im Fichtelgebirge. Gut 200 TeilnehmerInnen folgen dem Aufruf der Partei »Der III. Weg« zum »Heldengedenken«. Wenngleich eine Änderung des Strafrechts zur Folge hatte, dass in Wunsiedel keine öffentlichen positiven Bezüge auf Rudolf Heß mehr erfolgen dürfen und sein Grab bereits aufgelöst wurde, finden sich auch dieses Jahr wieder Referenzen. So tragen zwei Teilnehmer ein Banner mit der Aufschrift »Dein Heldengrab ist überall«, daneben finden sich Logo und Internetadresse der jungen Neonazipartei. Der Slogan findet sich wortgleich in einem Lied der RechtsRockband »Stahlgewitter« wieder, das dem Hitlerstellvertreter gewidmet ist.

Themen und Aktivitäten

Die dargestellte Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus ist eines der zentralen Themenfelder der Partei »Der III. Weg«. Im Sinne einer »historischen-fiktionalen Gegenerzählung« (Virchow/Botsch) wird die Geschichte umgedeutet und für die politische Praxis heute nutzbar gemacht: Aus dem ‹Opfermut der deutschen Soldaten›, dem ‹Leiden der Zivilbevölkerung› und den ‹Verbrechen der Alliierten› resultierten demnach Verpflichtung und Legitimation, die bis heute andauernde ‹Unterdrückung der deutschen Nation› mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zugleich ermöglicht es dieser Rückgriff auf die Geschichte, die eigene relative Bedeutungslosigkeit zu kompensieren. So propagiert »Der III. Weg« bei seiner Veranstaltung, den »selbstlosen Opfermut unserer Ahnen in die Kampfzeit von heute zu retten und in ihrem Sinne zu streiten«. Den angeblich überzeitlichen Charakter des als natürlich imaginierten Volkes betonend, wird der Glaube geäußert, die »nicht vergessenen Toten erlangten (durch das zeremonielle Herbeirufen) die Unsterblichkeit und werden den gleichen Kampf von einst auch in unseren Reihen der Treue noch einmal im Geiste neu bestreiten«.

Während nach innen gerichtet derlei Inszenierungen bundesweit ein zentrales Element im Repertoire der Neonazipartei sind, ist das wichtigste Thema bei öffentlichen Auftritten die rassistische Agitation gegen

Flüchtlinge. Flugblattverteilungen, Hetze bei Facebook, Wortergreifungsstrategie bei BürgerInnenversammlungen sowie die Unterstützung von Kundgebungen und Aufmärschen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen stellen einen Hauptteil der Aktivitäten dar. Erfolgreichere eigene Mobilisierungen zum Thema scheinen der Partei bisher jedoch nur in Sachsen zu gelingen, wo bei mehreren Veranstaltungen mit bis zu 200 TeilnehmerInnen auch Personen jenseits der Szene anwesend waren. Auch die im Zuge der Kampagne »Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!« veröffentlichte Karte mit über 2.000 Adressen von Flüchtlingsunterkünften ist nach kurzer Offlinezeit wieder erreichbar (siehe drr Nr. 154). Deren Wirkung ist nach wie vor nicht leicht messbar, jedoch haben zwischenzeitlich Brandanschläge auf dort verzeichnete Unterkünfte stattgefunden. Dass sich »Der III. Weg« nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft in Limburgerhof in Rheinland-Pfalz wie folgt äußerte, kann als verklausulierte Zustimmung für eine derartige ‹Nutzung› des Datenmaterials interpretiert werden: »Wir von der Partei Der III. Weg leisten weiterhin politischen Widerstand, können aber Deutsche verstehen, die darüber hinaus aktiv sind.«

(Mehr als eine) Ersatzorganisation des FNS

Das eingangs beschriebene »Heldengedenken« in Wunsiedel wurde bis 2013 vom »Freien Netz Süd« (FNS) veranstaltet. Da diese maßgebliche bayerische Neonaziorganisation nach Razzien im Juli 2013 jedoch akut von einem Verbot bedroht war, überführte sie ihre Strukturen bis Mitte 2014 nahezu komplett in die im September 2013 gegründete Partei »Der III. Weg«. Seit das Verbot ein Jahr nach den Razzien schließlich erfolgte, handelt es sich beim FNS nur noch um eine leere Hülle.

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf: Wurde »Der III. Weg« explizit gegründet, um ein erwartetes Verbot ins Leere laufen zu lassen? Handelt es sich also um eine Ersatzorganisation? Offiziell ist über Absprachen im Vorfeld der Gründung nichts bekannt, gleichwohl spricht einiges für diese Interpretation. Denn: Der »Gebietsverband Süd« der Partei entspricht in weiten Teilen dem verbotenen FNS, die fast vollständige personelle und inhaltliche Kontinuität wollen nicht einmal bayerische Sicherheitsbehörden bestreiten. Und auch wenn die Angehörigen des Bundesvorstandes mit Klaus Armstroff als Vorsitzendem, Matthias Herrmann als seinem Stellvertreter, Christian Steup als Schatzmeister sowie René Rodriguez-Teufer und Sandor Makai als Beisitzer bis auf letzteren alle aus der rheinland-pfälzischen NPD oder dem »Aktionsbüro Rhein-Neckar« stammen, so ist Bayern aufgrund des eingebrachten personellen und strukturellen Potentials doch als eigentliches Kernland der Partei zu betrachten. Auch die Tatsache, dass die beiden ehemaligen FNS-Kader Matthias Fischer und Tony Gentsch als die maßgeblichen Redner und Aufbauhelfer regelmäßig quer durch die Republik reisen, deutet auf den hohen Stellenwert der bayerischen Strukturen innerhalb der Partei hin. Erst durch die Integration des FNS konnte »Der III. Weg« überregionale Bedeutung und Handlungsfähigkeit erlangen.

Diese gesteigerte Relevanz verweist jedoch zugleich auf ein Defizit der These von der Ersatzorganisation: »Der III. Weg« ist aufgrund seiner Ausdehnung in andere Bundesländer zwischenzeitlich größer und bedeutsamer als es das FNS je gewesen ist. Will man dennoch von einer Ersatzorganisation sprechen, was für die strafrechtliche Auseinandersetzung unbedingt angezeigt erscheint, muss dieser veränderte Charakter mitgedacht werden.

Vernetzung und Strukturen

Grundlegend neu ist die überregionale Vernetzung freilich nicht. Die Verbindungen zum heutigen »Gebietsverband West«, der trotz Stützpunkten, die auch nach Hessen und Nordrhein-Westfalen reichen, maßgeblich durch Neonazis aus Rheinland-Pfalz repräsentiert wird, wurden bereits seit Jahren im »Nationalen und sozialen Aktionsbündnis 1. Mai« gepflegt. Die Kontakte zum Personal des kürzlich gegründeten »Stützpunktes Württemberg« dürften ebenfalls daher stammen. Den sichtbaren Höhepunkt erreichte diese Kooperation in den Jahren 2010 und 2011, als das Aktionsbündnis jeweils knapp 1.000 Neonazis nach Schweinfurt und Heilbronn mobilisieren konnte. Die »Hammerskins« könnten ein weiteres Element der Vernetzung zwischen den Neonazis aus Bayern und dem Südwesten darstellen, waren in der Vergangenheit doch sowohl Tony Gentsch als auch Matthias Herrmann in dem militanten Netzwerk aktiv.

Ebenso sind die Verbindungen zum heutigen »Gebietsverband Mitte« – auf die Bezeichnung Ost wird mutmaßlich als Referenz an die ehemaligen deutschen Ostgebiete verzichtet – keineswegs neu. Mit dem »Stützpunkt Vogtland« rund um Rico Döhler bestehen dessen Aktivposten überwiegend aus ehemaligen AnhängerInnen der »Revolutionären Nationalen Jugend Vogtland«. Sie war nicht nur bei den regelmäßigen Aufmärschen in Wunsiedel stets gut vertreten, sondern wies auch darüber hinaus ein ausgeprägt nahes Verhältnis zu den Strukturen des FNS in Oberfranken auf. Neben dem Vogtland ist auch der »Stützpunkt Potsdam/Mittelmark« kontinuierlich aktiv. Da er viele seiner Veranstaltungen in Kooperation mit lokalen Kameradschaften durchführt, sind Rekrutierungsabsichten und damit weiteres Wachstum wahrscheinlich. Zentraler Protagonist vor Ort ist Maik Eminger, Bruder des im NSU-Prozess Angeklagten André Eminger und in der Vergangenheit im Umfeld der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« sowie bei den »Jungen Nationaldemokraten« in Brandenburg aktiv. Auffällig: Beide Stützpunkte haben in den letzten zwei Jahren personelle Unterstützung aus Bayern bekommen. Tony Gentsch zog von Oberfranken ins sächsische Plauen, Matthias Fischer vom fränkischen Fürth nach Angermünde in Brandenburg. Die Gründe für die Wohnortswechsel mögen vielfältig gewesen sein, den Strukturaufbau dürfte ihre Präsenz jedoch sicherlich befördert haben. Bisher weniger aktiv im Gebietsverband Mitte ist der »Stützpunkt Thüringer Wald/Ost«, dessen Personal überwiegend dem »Freien Netz Saalfeld« entstammt. Wie in mehreren Regionen hält sich die Partei bezüglich des Führungspersonals auch hier bedeckt, den Eigenangaben nach soll der Stützpunkt von einer Frau geleitet werden. Sollte diese Angabe zutreffen, handelt es sich um die bisher einzig bekannte weibliche Aktivistin mit offizieller Funktion in der Partei. Angesichts des propagierten Ideals der »Familienmutter« und programmatischer Aussagen wie »(I)n der deutschen Mutter lebt die Volksseele weiter. In einer emanzipierten Frau lebt der Volkstod« ist dies kaum verwunderlich, fällt jedoch hinter eine gewisse Ausdifferenzierung weiblicher Rollenbilder in anderen Organisationen der extremen Rechten zurück. Noch weniger wahrnehmbare Aktivitäten als in Thüringen legen bisher die Stützpunkte »Berlin« und »Mittelland« (Region Leipzig, Halle, Merseburg) an den Tag, die Entwicklung des jüngst gegründeten »Stützpunkt Mittelsachsen/Erzgebirge« bleibt abzuwarten.

Sollte der Aufbauprozess weiterhin gelingen, so stellt die verbindliche Organisierung unter einem Dach gegenüber den bisherigen lockeren Kontakten durchaus eine neue Qualität dar.

Ausblick Strukturaufbau

Insgesamt scheint der Strukturaufbau jenseits von Bayern und Rheinland-Pfalz bisher vor allem im Vogtland und in Brandenburg Früchte zu tragen. Ob sich aus den übrigen bereits geschaffenen Kernen relevante Stützpunkte entwickeln, dürfte maßgeblich davon abhängen, ob sich bestehende regionale Strukturen der Partei anschließen. Diesen hat »Der III. Weg« durchaus etwas anzubieten: Teil einer überregionalen Organisation zu sein, Deutungs- und Handlungsangebote in Form aktueller Kampagnen und die gemeinsame Durchführung größerer Veranstaltungen wie der jährlichen Demonstration zum 1. Mai. Dass der Aufmarsch 2015 in Saalfeld mit über 700 TeilnehmerInnen eine der größten rein neonazistischen Mobilisierungen des Jahres war, dürfte der Partei dabei durchaus nutzen. Dass es dort zu Gewaltausbrüchen gegen AntifaschistInnen und



PolizistInnen kam, dürfte für den aktivistischen Teil der Szene zusätzlich attraktiv gewesen sein und das Image der Partei als besonders offensiv gefestigt haben.
Konkurrenz beim Werben um aktuell noch nicht überregional organisierte oder wechselwillige Kräfte dürfte dabei vor allem seitens der Partei »Die Rechte« drohen, zielt man doch auf ein ähnliches militant-neonazistisches Klientel. Gleichwohl gibt es Unterschiede: Während »Der III. Weg« sich als Kaderorganisation versteht, wäre »Die Rechte« gerne eine Massenpartei. Entsprechend ist sie bei der Aufnahme neuer Mitglieder kaum wählerisch und auch der Anteil skurriler Figuren unter den FunktionsträgerInnen ist jenseits ihres Kernlandes Nordrhein-Westfalen deutlich höher. Trotz der Tatsache, dass das Verhältnis zwischen dem »Der III. Weg«-Kader Matthias Fischer und dem »Die Rechte«-Bundesvorsitzenden Christian Worch in der Vergangenheit nicht immer spannungsfrei war, wird ein ablehnendes Konkurrenzverhältnis nur vereinzelt sichtbar, aktuell dominieren eher Koexistenz oder sogar Kooperation. So nahm beispielsweise eine größere Gruppe von »Die Rechte«-AktivistInnen an der Demonstration zum 1. Mai in Saalfeld teil.
Eine Zusammenarbeit mit der NPD dürfte sich, abgesehen von Ausnahmen, freilich schwieriger gestalten, da ihr vom Parteivorsitzenden Armstroff »Verrat, Streitereien und Grabenkämpfe« attestiert werden und sie sich seiner Meinung nach »mit dem Kurs der ‹seriösen Radikalität› immer mehr von unserer weltanschaulichen Grundlage« entferne.

Kaderpartei statt Kameradschaft

Gelingt es der Partei »Der III. Weg« weiter zu expandieren, wird damit auch die Herausforderung wachsen, den ‹Laden› zusammen zu halten. Hierfür dürfte es entscheidend sein, dass die Beteiligten ähnliche Vorstellungen über den Sinn und Zweck der gemeinsamen Organisation haben. Die Partei gibt diesbezüglich die Parole aus: »Wir verstehen uns primär als Bewegung und nur in zweiter Linie als Partei. Wir wollen aber nur Mitstreiter bei uns haben, die weltanschaulich und charakterlich zu uns passen.« Darin werden zwei Dinge angedeutet, die auch BeobachterInnen immer wieder feststellen: ein instrumentelles Verhältnis zum Status als Partei und das Selbstverständnis als Kaderorganisation.
Die Wahl der Organisationsform Partei ist dabei vor dem Hintergrund der Verbote wichtiger Strukturen des Kameradschaftsspektrums in den letzten Jahren zu betrachten, nicht zuletzt des FNS selbst. Es scheint sich mehr und mehr die Überzeugung durchzusetzen, dass das Modell der »Freien Kameradschaften« ausgedient hat. In den 1990er Jahren als Reaktion auf die Verbote neonazistischer Kleinstparteien entwickelt, ist »Der III. Weg« wieder genau bei diesem Format angekommen. Getrieben von der Hoffnung, ein Organisationsverbot durch das Parteienprivileg zu erschweren, versucht er durch Wahlteilnahmen und das Erfüllen der notwendigen Formalia den Anschein einer Partei zu erwecken. Diese Hoffnung könnte jedoch trügerisch sein. So wurde die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) 1995 trotz wiederholter Teilnahme an Wahlen nach dem Vereinsgesetz verboten, da das Bundesverfassungsgericht feststellte, die Wahlantritte seien »nur zum Zwecke der bloßen Behauptung der Parteieigenschaft« erfolgt. Ob sich »Der III. Weg« als militante Neonaziorganisation unter dem Schutz des Parteienprivilegs etablieren kann, ist also nicht zuletzt vom gesellschaftlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen und in der Folge von der Einschätzung der Justiz abhängig.
Auch der Blick auf eine andere neonazistische Kleinstpartei der Vergangenheit kann zum Verständnis der Partei »Der III. Weg« beitragen. So teilt sie mit der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front« (NF) aufgrund des Selbstverständnisses als Kaderpartei ein abgestuftes System an Mitgliedschaften. Laut Satzung sind zwar keine besonderen Erfordernisse an die Mitgliedschaft geknüpft, in der Praxis werden viele Personen jedoch wohl nur als Fördermitglieder aufgenommen. Diese sind mit deutlich weniger Rechten ausgestattet, besitzen etwa bei Parteitagen kein Stimm- und Antragsrecht. Vollmitgliedschaften scheinen dagegen sehr exklusiv vergeben zu werden. So wird von initiationshaften Aufnahmeritualen berichtet, bei denen verdiente Kameraden wegen ihres »hohen Aktivismus und der guten charakterlichen Eigenschaften« in den Stand der Vollmitgliedschaft erhoben worden sind. Wie viele der etwa 200 Mitglieder über welchen Status verfügen, ist öffentlich nicht bekannt, wäre jedoch nicht zuletzt zur besseren Einschätzung der innerparteilichen Machtverteilung interessant.
Trotz einer mutmaßlich straffen Organisation hat sich »Der III. Weg« auch für dezentrale Elemente entschieden. So haben die vier Gebietsverbände relativ weitgehende Autonomie, regional gewachsene Strukturen können somit fortbestehen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Verteilung der Mitgliedschaftsbeiträge, von denen die Hälfte bei den Gebietsverbänden verbleibt. Der monatliche Mitgliedschaftsbeitrag beträgt ein Prozent der realen Nettoeinkünfte, mindestens jedoch sechs Euro. Das monatliche Beitragsaufkommen dürfte also bei mindestens 1.200 Euro liegen, je nach Einkommensstruktur und Zahlungsmoral der Mitgliedschaft eventuell auch deutlich höher. Angesichts der Tatsache, dass die Partei bisher wohl nicht über bezahltes Personal oder Immobilien verfügt, dürften sich jedoch auch die anfallenden Kosten in Grenzen halten. Da in der Szene zudem eine hohe Eigenfinanzierung tagespolitischer Aktivitäten durch die AnhängerInnen obligatorisch ist, dürfte die Partei im Vergleich zu ‹Wald- und Wiesen-Kameradschaften› finanziell gut aufgestellt sein.

Ausblick

Sollte die Partei »Der III. Weg« nicht zeitnah nach dem Vereinsrecht verboten werden, könnte sich eine militante Neonaziorganisation unter dem Schutz des Parteienprivilegs etablieren. Selbst wenn es ihr nur in einigen Regionen gelingen sollte, handlungsfähige Strukturen aufzubauen und auf rassistische Mobilisierungen Einfluss zu nehmen, können daraus nachhaltige Gefahren entstehen – hat doch das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Reker jüngst deutlich gemacht, dass die hochgradige Ideologisierung in Kaderorganisationen langfristig Wirkung zeigen kann.



Stammland von »Der III. Weg«

Rheinland-Pfalz ist ein Stammland der Partei »Der III. Weg«. Dort begann ihr strategischer Aufbau, zentrale Führungsfiguren leben hier und die Mehrheit des Bundesvorstandes ist in diesem Bundesland ansässig.

von Josef Müller

Die Wege des 1957 geborenen Bundesvorsitzenden Klaus Armstroff und dessen Stellvertreters Matthias Herrmann kreuzten sich spätestens bei gemeinsamen Veranstaltungen der NPD und des »Aktionsbüros Rhein-Neckar« (ABRN). Das 2003 gegründete, mittlerweile aber inaktive ABRN, war fast 10 Jahre lang eine führende Neonazistruktur in Südwestdeutschland. Darin kamen Neonazis aus »Freien Kameradschaften«, der NPD und der elitären »Hammerskins« zusammen. Herrmann hat sich seit seinem Umzug nach Ludwigshafen vom neonazistischen Skinhead zum völkischen »Der III. Weg«-Aktivisten gewandelt.
Mit dem 42-jährigen René Rodriguez-Teufer ist eine weitere ehemalige Führungsfigur des ABRN und ehemaliges Mitglied der rheinland-pfälzischen NPD im Vorstand. Rodriguez-Teufer ist seit Anfang der 1990er Jahre politisch aktiv und kann auf eine langjährige Karriere in einschlägigen Organisationen zurückblicken. Auch der Bundesschatzmeister Christian Steup stammt aus Rheinland-Pfalz. Er verwaltete bereits im NPD-Landesverband und der »Kameradschaft Westerwald« die Finanzen. Als einziges Mitglied im Bundesvorstand weist Sandor Makai, ehemaliges Landesvorstandsmitglied der NPD Berlin, keinen Bezugspunkt zum Bundesland auf.

Entstehung und Aufbau

Im Jahr 2013 eskalierte der schon länger schwelende Streit zwischen dem völkischen und dem subkulturell orientierten Flügel der hiesigen NPD. Der völkische Flügel um Armstroff (von 2009 bis 2014 Abgeordneter im Kreistag in Bad Dürkheim) verließ daraufhin die Partei und gründete wenig später »Der III. Weg«. Dass die Internet-Domain der Partei bereits vor ihrer Gründung registriert war, deutet auf eine längerfristige Planung hin. Den raschen Aufbau der Organisation ermöglichten gute Kontakte der langjährig aktiven Vorstandsmitglieder – insbesondere nach Bayern. Intensive Kontakte zu bayerischen Neonazis hatten bereits zu ABRN-Zeiten bestanden. Der erste »Stützpunkt« der Partei wurde in Rheinland-Pfalz im März 2014 im Westerwald gegründet und später auf die angrenzende Region Taunus ausgedehnt. Mit dieser Erweiterung entstand der erste »Stützpunkt«, der auch hessisches Gebiet umfasste. Hintergrund dessen war der Umzug von Herrmann aus der Vorderpfalz ins 140 km entfernte Örtchen Runkel-Wirbelau im Landkreis Limburg-Weilburg (Hessen). Die Neonazis vom »Stützpunkt Westerwald/Taunus« suchen gegenwärtig Anschluss an PEGIDA-Aufmärsche im Westerwald, die dort seit Oktober 2015 monatlich stattfinden. Bei Veranstaltungen in Bad Marienberg und Rennerod (beide Westerwaldkreis) konnte »Der III. Weg« ungestört mitmarschieren. Weitere Aktionen der Partei fanden in den hessischen Landkreisen Lahn-Dill und Limburg-Weilburg sowie im rheinland-pfälzischen Rhein-Lahn-Kreis statt. Darunter fallen Flugblattverteilungen wie auch Besuche von Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Flüchtlingen. Aktuelle Strategie von »Der III. Weg« in der Pfalz ist es, mehrere Kundgebungen an einem Tag anzumelden, um bei Gegenprotesten mit öffentlichen Verkehrsmitteln auszuweichen.

Ausbau der Strukturen

Im April 2014 wurde der »Stützpunkt Pfalz« gegründet, der sich von Beginn an auf das Thema Flüchtlinge fokussierte. Kurz nachdem Mitglieder von »Der III. Weg« in Limburgerhof gegen die Unterbringung von Flüchtlingen aktiv wurden, sorgte ein Brand in der geplanten Flüchtlingsunterkunft vor Ort im Mai 2015 für überregionales Aufsehen. Danach waren Forderungen nach einem Verbot der Partei aus der Landesregierung zu vernehmen. Im Januar 2015 fand die Gründung des »Stützpunktes Rheinhessen« (Rheinland-Pfalz/Hessen) statt. Mit Mario Matthes agiert dort ebenfalls ein ehemaliges NPD-Mitglied mit langjährigen Kontakten zu Armstroff.
Bereits im Oktober 2014 war in Ostwestfalen mit »Hermannsland« der erste Stützpunkt in Nordrhein-Westfalen gegründet worden. Im Dezember 2015 erfolgte im Raum Olpe (Siegerland) die nächste Gründung eines »Stützpunktes«. Ein Blick auf die Landkarte zeigt: Dieser »Stützpunkt« schließt eine Lücke zwischen »Hermannsland« und »Westerwald/Taunus«. Damit baut »Der III. Weg« seine Strukturen in Nordrhein-Westfalen weiter aus.

Teilnahme Landtagswahl

Die Bedeutung der Partei in den genannten Bundesländern liegt aktuell nicht darin, eine Massenorganisation zu sein. Vielmehr bemüht sich ein harter Kern umtriebiger und bundesweit sehr gut vernetzter Neonazis darum, feste Strukturen aufzubauen. Dabei wird nicht versucht in Großstädten Fuß zu fassen – gezielt wird im ländlichen Raum, fernab von zivilgesellschaftlicher Protestkultur operiert. Im März 2016 wird »Der III. Weg« zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz antreten. Die nötigen 2.500 Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Wahl wurden im Dezember eingereicht. Große Erfolge wird die Partei bei der Wahl wohl nicht erreichen, ist doch auch die Konkurrenz nicht untätig: NPD und Republikaner treten an, zudem hat die AfD gute Chancen in den Landtag einzuziehen. Für »Der III. Weg« ist die Teilnahme aber ein wichtiger Baustein in der Strategie, als Partei aufzutreten und so die Hürden für ein mögliches Verbot höher zu setzen.



Rassismus und Rechtspopulismus im Aufwind

Die Aufmärsche, Angriffe und Mordversuche gegen Flüchtlinge wollen nicht enden und die Suche nach den Ursachen hält an. Dabei schien die NPD in der Krise und die Antifa-Bewegung war schon auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis. Doch warum kam alles anders?

von Sören Frerks

Die Pressemeldungen liegen ein Jahr auseinander, doch sie wirken wie vom selben Tag. Am 15. Dezember 2014 schrieb das Magazin »Der Spiegel«: »Etwa 15.000 Menschen sind am Montagabend nach Angaben der Polizei einem Aufruf der ‹Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes› zur wöchentlichen Kundgebung in Dresden gefolgt.« Etwa ein Jahr später, am 17. November 2015 hieß es: »In Dresden haben sich am Montagabend rund 10.000 Pegida-Anhänger versammelt.« In der Zwischenzeit schwankten die Zahlen zwischen 1.500 und rund 20.000 MarschiererInnen.
Auch die »Alternative für Deutschland« (AfD) konnte 2015 ihren Zuspruch manifestieren. In Rostock brachte sie am 11. und 18. Oktober letzten Jahres 1.000 AnhängerInnen und mehr auf die Straße, ebenso wie am 14. Oktober und 18. November 2015 in Magdeburg. In Berlin brachte es die AfD am 7. November auf 5.000 TeilnehmerInnen. Genauo viele waren es am 30. September in Erfurt, wo die AfD bis Ende vergangenen Jahres insgesamt acht Aufmärsche mit jeweils mehreren tausend Menschen organisierte.
Hinzu kommen die anhaltenden Demonstrationen von AfD, PEGIDA-Ablegern und anderen Rechten in Städten wie Leipzig, Cottbus, Gera und Plauen. Doch nicht nur diese sind mittlerweile zur allwöchentlichen Normalität geworden. Bis Anfang Dezember 2015 registrierte das Bundeskriminalamt 817 Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte – davon 68 Brandstiftungen. Letztere sind zwischen September und Anfang Dezember sprunghaft angestiegen und haben sich im Vergleich zu den Vormonaten fast verdreifacht (siehe drr Nr. 156).

Neuformierung der Rechten

Antifa und Zivilgesellschaft sind in Teilen der Bundesrepublik mit einer Zunahme rechter Mobilisierungsfähigkeit und Deutungsmacht konfrontiert, die nicht mehr nach den lange gültigen Schemata von Neonaziaufmärschen funktionieren. Im Gegensatz zur NPD- und Kameradschaftsszene mit ihrer Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung ab Mitte der 1990er Jahre, den Dresdner »Trauermärschen« oder dem »Rock für Deutschland« in Gera zeigen sich bei den AfD- und PEGIDA-Demonstrationen zahlreiche Unterschiede: eine zeitliche und räumliche Verdichtung und Kontinuität der Aktionen, größere und heterogenere Mobilisierungen, eine kulturalistisch-ethnopluralistische Propaganda und mediale wie politische Strahlkraft in die Landes- und Bundespolitik hinein. Analog dazu kommt es zu einer immensen Zunahme der Gewalt mit regelmäßigen Brandanschlägen. Warum aber verzeichnet die Rechte diesen anhaltenden Aufwind? Einige Thesen hierzu:

Durchbruch rassistischer Narrative

PEGIDA und AfD waren mitnichten der Beginn der Anti-Flüchtlings-Hetze. Sie sind vielmehr die organisierte Folge der wohlstandschauvinistischen, prekär-reaktionären und neonazistischen Aktionen, die sich seit 2012 sukzessive verbreiteten und sich zumeist auf die Eröffnung von Asylunterkünften vor Ort bezogen. Versuche der NPD und Kameradschaften, sich durch »Nein zum Heim«-Kampagnen zum allgemeinen Sprachrohr der AnwohnerInnenproteste zu gerieren, missglückten an der Enttarnung der Schein-Bürgerinitiativen durch Medien, Politik und Behörden (siehe drr Nr. 146, 152). Mit dem Scheitern bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen war die Krise der NPD besiegelt. Gleichzeitig war der kalkulierte rassistische Dammbruch der CDU/CSU in der Presse zu vernehmen, gleich ob gegen »Scheinasylanten« oder »Wirtschaftsflüchtlinge« gerichtet. Die daneben recht blass erscheinende AfD mit ihrem damaligen Anti-Euro-Programm konnte sich da noch nicht in Position bringen.
Dies änderte sich, als PEGIDA zum neuen Akteur wurde. Zunächst noch

von den HoGeSa-Krawallen vom Oktober 2014 überlagert und bundesweit kaum wahrgenommen, gerieten die Demonstrationen um den Jahreswechsel 2014/2015 durch den rasanten Anstieg der Teilnehmendenzahlen in die Presse, womit der anti-muslimische Rassismus ein weiteres Mal gesellschaftsfähig gemacht wurde. Die AfD erkannte die Bühne, die sich dort bot, und biederte sich an. Mit dem von Presse und Politik weitgehend übernommenen Label ‹Rechtspopulismus› konnte sich die Partei von der Neonaziszene abgrenzen und prädestinierte sich als Stellvertreterin der ‹besorgten Bürger› und Verbindungsglied zur nationalkonservativen Bürgerlichkeit und Neuen Rechten. Als die AfD 2014 in drei Landtage einzog, machte sie ihren Rassismus mit ihrer Anti-Altparteien-Bürgerlichkeit im Gegensatz zur NPD diskutabel. Die CDU/CSU war in Sachen Deutschtümelei nun nicht mehr Wortgeberin, sondern lief der AfD immer öfter hinterher und versucht bis heute sie wieder einzuhegen – allerdings vergebens. Mittlerweile liegt die AfD in Umfragen sogar in Bayern bei acht Prozent.

Wurde PEGIDA nach dem Mobilisierungshoch im Januar 2015 schon das langfristige Versinken in der Bedeutungslosigkeit prophezeit – wie es zuvor schon viele andere Rechte ereilte –, erhielten die Aufmärsche spätestens im August erneut mehr Zulauf. Die gesamtgesellschaftliche Reaktion auf die nach Europa kommenden Flüchtlinge war die Steilvorlage für PEGIDA, AfD und Co. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Bundesebene zunächst noch ein humanistisch angestrichenes »Wir schaffen das« herausgab, wurde das lang vorhersehbare Desaster der Verwaltungen offensichtlich. Trotz der seit 2008 kontinuierlich steigenden Flüchtlingszahlen wurde und wird die Infrastruktur zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nach dem Prinzip Salamitaktik ausgebaut, sei es im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder in den Kommunen. Leidtragende sind die Flüchtlinge und ehrenamtlichen HelferInnen. Und die Verantwortlichen schreiben ihr eigenes Versagen bis heute wechselseitig anderen Stellen zu.

Für die AfD und PEGIDA war das Narrativ des durch die Flüchtlinge überforderten Staates – der sich selbst eben auch als solcher gebärdete – das Vehikel, mit dem sie ihrer autoritär-nationalkonservativen Kritik einen scheinbaren Wahrheitsgehalt verleihen konnten, untermauert durch die Terroranschläge im Januar und November 2015 in Paris. Das Credo lautet, der Staat sei nicht mehr Herr der Lage, übergehe das Volk und unternehme nichts gegen die voranschreitende Überfremdung und Islamisierung Deutschlands und Europas.

Die rassistische Aufholjagd aus den Reihen der CDU/CSU folgte sogleich, schließlich wildert die Rechte in ihrer WählerInnenklientel. Eine ganze Batterie an Kampfmaßnahmen und -begriffen wurde in Gang gesetzt, die den Diskurs weiter nach rechts verschieben. Die Verschärfung des Asylrechts im Oktober 2015 war nur der folgerichtige Schritt in der Debatte um den »Flüchtlingsstrom«, die einem nicht endenden Rennen nach dem nächsten humanistischen Konventionsbruch gleicht. Wenn der bayerische CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer nach einer »Obergrenze« der Flüchtlingsaufnahme und nach »Transitzonen« ruft und anderenfalls mit »Notwehrmaßnahmen« droht, oder sein Finanzminister Markus Söder das Grundrecht auf Asyl infrage stellt und über Grenzzäune sinniert, geschieht dies kalkuliert nach dem Muster: Maximale Forderungen bringen den bestmöglichen Verhandlungserfolg. Damit halten CDU/CSU und auch einzelne SPD-PolitikerInnen vor allem den anti-muslimischen Rassismus am Laufen und dies zum Vorteil der AfD, die stets noch einen vulgären Schritt weitergeht und damit wohl weiter Erfolg haben wird. Bisher sitzt die Rechtspartei in den Landtagen von Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Hamburg und Bremen. Die Umfragen sehen sie schon in den im März neu zu wählenden Parlamenten von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

Führerkult und dynamisierte Rechte

Was den Parteien »Die Republikaner« und »Deutsche Volksunion« nie gelang und der NPD mit ihrem expliziten Bezug zum Nationalsozialismus nur in den 1960er Jahren, nämlich der flächendeckende Einzug in die Landesparlamente, dürfte der AfD nun gelingen. Dabei schafft sie es mit ihrem Radikalisierungskurs sowohl Rechtskonservative, das neu-rechte Lager als auch Neonazis anzusprechen und zu bündeln, mehr denn je nach dem Rausschmiss von Bernd Lucke und dem nationalkonservativen Einschlag auf dem Essener Parteitag im Juli letzten Jahres. Eine populistische Figur wie der Thüringer Fraktionsvorsitzende Björn Höcke – der Marktschreier der »Neuen Rechten« – stilisiert sich erfolgreich zum charismatisch-aufmüpfigen Führer der Aufmärsche in Erfurt. Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender in Brandenburg, mimt hingegen den kalt-plumpen Landesvater: »Wären die Bürger einbezogen worden«, würden sie keine Brandanschläge begehen. Und die Chefin der sächsischen AfD-Fraktion und der Bundespartei, Frauke Petry, gibt sich als politisch-juristische Sauberfrau, die wie vorausgesagt als besserer Lucke die Verbindung ins bürgerliche Milieu zu halten versucht (siehe drr Nr. 155).

Doch nicht nur das AfD-Trio schafft es, sich auf der Straße und medial in Szene zu setzen. PEGIDA-Anführer Lutz Bachmann wurde zum Inbegriff des ‹tabulosen Volksverstehers›, der NS-Vokabular wie »Lügenpresse«, »Systemparteien« und »Volksverräter« wieder diskursfähig machte.

Auch die Neonaziszene erfährt einen Mobilisierungsschub. Die von der Thüringer NPD angeführten THÜGIDA-Aufmärsche haben mit teilweise mehreren hundert TeilnehmerInnen so viel Zulauf wie lange nicht mehr. Die Splitterparteien »Der III. Weg« und »Die Rechte« sind ebenso deutlich aktiver. Während die AfD also von allen Seiten Futter für ihren Kampf um Wahlen und die Straße erhält, ist eine Dynamisierung der gesamten Rechten im Gange – einschließlich der militanten Neonazis.

‹Vollstrecker des Volkswillens› und ‹einsamer Wolf›

Die anhaltenden Aufmärsche und Angriffe auf Flüchtlinge haben Strahlkraft. In einigen ostdeutschen Städten kann sich die Rechte als gesellschaftliche Mehrheit anbieten. Wenn in Orten wie Jahnsdorf und Meerane in Sachsen ankommende Flüchtlinge ganz offen attackiert und reihenweise Häuser angezündet werden, erinnert das an die 1990er Jahre. Die TäterInnen fühlen sich als VollstreckerInnen des Volkswillens – wieso also inkognito bleiben oder verklausuliert hetzen? Umgekehrt tragen die Mordversuche in Westdeutschland die Handschrift rechten Untergrundterrors. Die vielen unbekannten BrandstifterInnen, die Bombenbastler von Bamberg oder der Messerstecher von Köln; sie alle funktionieren nach dem Prinzip ‹einsamer Wolf›. Der AfD und PEGIDA gereicht das nicht zum Nachteil. Vielmehr läuft ihre rassistische Hetze mit der Neonazigewalt zusammen; beide bestärken sich gegenseitig.

Die Zeichen der Zeit verkannt?

Antifa und Zivilgesellschaft wirken gegenwärtig vor allem überfordert und auf der Suche nach politischer Handlungsfähigkeit. Während die außerparlamentarische Linke seit 2014 über ihre Zukunft debattiert und es lange den Anschein machte, dass Beratungsteams und zivilgesellschaftliche Initiativen mit den Neonazis fertig werden würden, schuf die Rechte schrittweise neue Fakten und Symbole, wie mit PEGIDA in Dresden oder dem AfD-Aufmarsch in Berlin. Zwar zeigen die Massenmobilisierungen gegen HoGeSa in Hamburg und Köln, die zahlreichen Willkommensdemonstrationen gegen BAGIDA in München oder die militanten Antworten auf die Neonaziaufmärsche in Leipzig, dass die Rechte auf der Straße wieder in die Defensive gedrängt werden kann. Gegen den politischen, gesellschaftlichen und medialen Aufstieg von Rassismus und Nationalismus im sprachlich verharmlosenden Gewand von Rechtspopulismus und ‹besorgten Bürgern› kam dies allerdings zu spät. Sollen die deutschnationalen Phantasien der Höckes, Bachmanns und brandschatzenden Neonazis durchkreuzt werden, braucht es eine neue politische Betroffenheit des Selbst, Empathie mit ‹dem Anderen›, wechselseitige Solidarität und gemeinsamen Aktivismus, der die Zeichen der Zeit erkennt.

Und läuft und läuft und läuft

In Bayern finden PEGIDA-Demonstrationen in München, Nürnberg und Würzburg in einer hartnäckigen Kontinuität statt. Jetzt kommen noch neue Aufmarschformate anderer rechter Gruppen dazu.

von Robert Andreasch



^ *Die AfD in Passau am 31. Oktober 2015*

München, Montag, 2. November 2015: Bei der PEGIDA-Auftaktkundgebung am Odeonsplatz tritt Redner »Michael« ans Mikrofon. Letzte Woche hatte er die Versammelten aufgeklärt, dass es sich bei Heribert Prantl (»Süddeutsche Zeitung«) um einen »Freimaurer« handle, nun zitiert er aus einem angeblichen »Bilderberger«-Dokument zur »notwendigen Flutung des Lands« und schließlich aus den »Protokollen der Weisen von Zion«. Die radikalen Inhalte erhalten Applaus. Längst wird bei »PEGIDA-München« der völkische Rassismus (»Überfremdung ist Völkermord«) um Antisemitismus und die Konsensthemen der extremen Rechten (»Gender stoppen«, »Abzug der US-Truppen«, »Merkel muss weg«) erweitert. Am 12. Januar 2015 hatte ein »BAGIDA-Organisationsteam« um den »PI-News«-Macher Michael Stürzenberger erstmals mit montäglichen PEGIDA-Märschen in München begonnen. Anmeldungen und Leitung übernahmen Birgit Weissmann und Heinz Meyer, mittlerweile bilden sie auch den Vorstand des neugegründeten »PEGIDA München e. V. – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen«. Weissmann entstammt der islamfeindlichen Aktionsgruppe Stürzenbergers. Meyer war bisher nicht öffentlich politisch aktiv, allerdings führt der Generalbundesanwalt – die Hintergründe sind unbekannt – bereits seit 2012 ein Ermittlungsverfahren nach §129a (»Bildung einer terroristischen Vereinigung«) gegen ihn. Der Münchner Aufmarsch ist ein »offizieller« Ableger der Dresdener PEGIDA-Veranstaltung, Lutz Bachmann und Tatjana Festerling reisten jeweils im Juli und September 2015 zur Unterstützung an. Nach internen Querelen redet Stürzenberger derweil montagabends lieber bei anderen GIDA-Versammlungen im Bundesgebiet.

München

Vierzig PEGIDA-Märsche haben in diesem Jahr in München stattgefunden. Mit einer Mischung aus Starrköpfigkeit und Provokation setzte »PEGIDA München e. V.« Versammlungen vor der mit dem Hitlerputsch von 1923 verbundenen Feldherrnhalle, einen Aufmarsch am Jahrestag der Reichspogromnacht oder eine Kranzniederlegung am »Platz der Opfer des Nationalsozialismus« durch. Nach anfänglich bis zu 1.500 RassistInnen kommen derzeit jeden Montag 200 bis 400 Aufmarschierende zusammen. Von Anfang an hatten die Neonaziparteien »Der III. Weg« und »Die Rechte« zu den Veranstaltungen mobilisiert. Neonazis um Karl Heinz Statzberger (»Der III. Weg«,) sind heute fester und vollkommen akzeptierter Bestandteil bei PEGIDA. Weissmann ernannte rechte Hooligans zu offiziellen Ordnern, die vor allem die Medienberichterstattung zu verhindern versuchen.

Franken

Bereits im Herbst 2014 hatten in Würzburg Märsche von »PEGIDA Franken« stattgefunden, zu denen sich bis in den Herbst 2015 hinein zeitweise bis zu 300 Teilnehmende einfanden. Darunter neben »neurechten« Studierenden auch unterfränkische »Hammerskins«. Nach einer Pause kündigt »PEGIDA Franken« nun für Anfang 2016 erneut Versammlungen an. Auch in Nürnberg haben 2015 zwei Dutzend PEGIDA-Veranstaltungen stattgefunden. Anfangs wurden sie als NÜGIDA-Märsche und mit Anmeldung durch Neonazis aus dem Spektrum von »Die Rechte« durchgeführt. Dann distanzierten sich »Die Freiheit«-Akteure Gernot Tegetmeyer und Michael Stürzenberger von der Neonazipartei »Die Rechte« und übernahmen die Durchführung in Eigenregie, wobei sie keine Probleme mit der Anwesenheit der neonazistischen »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) zu haben scheinen. Die Zahl der Teilnehmenden kam in Nürnberg jedoch kaum über den zweistelligen Bereich hinaus.

An den Grenzen

Andere rechte Gruppen haben derweil in Bayern neue Marschsurrogate eingeführt: PEGIDA-VeranstalterInnen aus dem Bundesgebiet mobilisierten am 8. November 2015 zu einer »Wir sind Grenze«-Aktion an die deutsch-tschechische Grenze bei Schirnding. Die »Identitäre Bewegung Österreich« und die »Identitäre Bewegung Bayern« versuchen, monatliche »Wir sind die Grenze«-Aufmärsche an der deutsch-österreichischen Grenze in Freilassing zu etablieren. Am erfolgreichsten war die »Alternative für Deutschland« (AfD): Zu ihren »Herbstoffensive«-Aufmärschen konnte sie mehr RassistInnen mobilisieren, als das zuletzt der PEGIDA-Bewegung gelang; zur Versammlung in Passau reisten am 31. Oktober 2015 über 1.300 BürgerInnen, Jugendliche, rechte Hooligans und Neonazis an. Zwei Wochen zuvor waren es 450, die in Freilassing bei der AFD unter deren Landesvorsitzenden Petr Bystron einträchtig zusammen mit »Der III. Weg«, der NPD und der »Identitären Bewegung« durch die Stadt zogen.

Den AkteurInnen wird es auf den Aufmärschen in Bayern allem Anschein nach noch nicht langweilig. Die sächsischen Vorbilder mögen einen Eskalationsschritt weiter sein und Götz Kubitschek hat es im Oktober 2015 bei PEGIDA in Dresden mit seinem Satz »Es ist gut, dass es jetzt kracht!« deutlicher auf den Punkt gebracht. Aber auch Heinz Meyer raunte in seiner Rede am 19. Oktober 2015 in München davon, gegen »Invasoren« und »Landesverräter« würde das »Volk« das »Recht in die eigene Hand nehmen«. Auch in Bayern geht die Zunahme rassistischer Feindseligkeit mit der verstärkten Bereitschaft zur Gewalt einher, nahezu täglich gibt es Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte. Auf die Politik in Bayern bleibt das nicht ohne Auswirkungen. Am 5. November 2015 twitterte die CSU: »CSU setzt durch: Schärfstes Asylrecht aller Zeiten in Deutschland, Rückführungszentren für schnellere Abschiebung, Familiennachzug ausgesetzt.«

RassistInnen der zweiten Reihe

Auch in Mecklenburg-Vorpommern findet PEGIDA NachahmerInnen. Gleich zwei Initiativen mobilisieren gegen Flüchtlinge.

von Michael Natz



^ *Torsten Schramke (Mitte) mit Michael Grewe in Boizenburg am 21. September 2015*

Seit Anfang 2015 finden, unterbrochen durch eine Sommerpause, in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig Aufmärsche der MVGIDA-Bewegung statt. Von Anfang an war deutlich, dass die NPD die Aufmärsche dominiert. Am 12. Januar 2015 war Sebastian Richter, Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) einer der RednerInnen beim MVGIDA-Aufmarsch in Schwerin. Auch Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion wie Udo Pastörs oder Stefan Köster sind gern gesehene Gäste auf den Veranstaltungen. Andreas Theißen, NPD-Wahlkreismitarbeiter und ehemaliger Unterführer der »Wiking-Jugend«, übernahm neben organisatorischen Aufgaben auch das Anheizen der TeilnehmerInnen. Antje Mentzel, aktuelle Landesvorsitzende des »Ring Nationaler Frauen« (RNF), redete auf einigen der Veranstaltungen. Von Beginn an marschierten die beiden Schweriner David Bühring und Torsten Schramke bei MVGIDA mit. Dabei entwickelten sich beide von Teilnehmern aus der zweiten Reihe hin zu Führungspersönlichkeiten, die auch als Mitorganisatoren der rechten Facebook-Gruppen »Dachverband Deutschland wehrt sich« sowie »Schwerin wehrt sich« gelten. Da sie vorwiegend Regionen bedienen, in denen die NPD nicht stark aufgestellt ist, stellen sie keine Konkurrenz, sondern eine symbiotische Ergänzung zu den NPD-dominierten MVGIDAs dar. Während diese eine mehrmonatige Sommerpause einlegten, fand ein vermehrter Zuzug von Geflüchteten in der näheren Umgebung der beiden Schweriner statt. Zeitgleich verdichtete sich dort die rassistische Hetze im Netz wie auch auf den Straßen.

‹Besorgte› BürgerInnen

Torsten Schramke war nicht nur einer unter vielen der MVGIDA-TeilnehmerInnen, sondern er übernahm bei einigen der Aufmärsche die Aufgabe des Anmelders. Dabei zeichnete er sich durch lautstarkes, cholerisches Verhalten aus. Selbst das Beschlagnahmen eines Megafons durch die Polizeikräfte bei Kundgebungen in Schwerin Lankow hielt Schramke nicht davon ab, seine rassistische Hetze in den Abendhimmel zu gröhlen. Sein Vokabular unterscheidet sich dabei kaum von dem eines NPD-Funktionärs. In Sachen NPD hat Schramke offensichtlich wenig Berührungsängste. Am 21. September 2015 wurde er bei der ersten MVGIDA nach der Sommerpause in Boizenburg noch vor allen anderen von Udo Pastörs begrüßt. Selbstverständlich nimmt Schramke bei den wieder regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen der NPD-dominierten MVGIDA teil.

Ein weiterer Mann aus der zweiten Reihe ist David Bühring, ein enger Freund von Torsten Schramke. Vor allem in den vergangenen Herbstmonaten meldete Bühring Veranstaltungen der rechten Facebook-Gruppen unter dem Namen »Dachverband Deutschland wehrt sich« an. Auf diesen hielt er mehrfach Redebeiträge zu Themen wie »Asylmissbrauch« oder »Abwahl Angela Merkels« und heizte, nach dem Vorbild Theißens, die TeilnehmerInnen an. Immer wieder betont er dabei, sie seien keine Nazis, sondern lediglich BürgerInnen, die das Recht wahrnähmen, ihre Meinung auf die Straße zu bringen. Aufgrund der zum Teil engen Kontakte zur Neonazi-Szene erscheinen diese Äußerungen allerdings wenig glaubwürdig. So besuchte der Forstarbeiter Bühring gemeinsam mit seiner Verlobten und seinem Kind die Sommersonnenwendfeier der »Dorfgemeinschaft Jamel« und feierte gemeinsam mit rund 150 Neonazis den Beginn der kürzesten Nacht im Jahr.

Volksaufstand geprobt

Als im September 2015 die seit Jahren leerstehende Comenius-Schule im Schweriner Stadtteil Lankow als Notunterkunft für Geflüchtete hergerichtet werden sollte, sahen die sich als Volksretter aufspielenden Schramke und Bühring sich dazu berufen, täglich Kundgebungen des neu gegründeten »Dachverbands Deutschland wehrt sich« vor der Schule durchzuführen. Bei ihrer ersten Kundgebung forderten die Organisatoren die Polizei mehrfach auf, sie wollten mit jemandem sprechen, der ihnen erkläre, was hier passiere. Diesem Gesuch kam die Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow von der Partei »Die LINKE« am 11. September 2015 nach. Durch ein von den Neonazis gestelltes Megafon verkündete sie, sie wolle jede Frage beantworten und alle Unklarheiten beseitigen. Wie bei solchen ‹Info-Veranstaltungen› zu erwarten, ging das Gesprächsangebot von Frau Gramkow in rassistischem Geschrei und Pöbeleien unter.

Durch diesen Erfolg beflügelt, folgten wöchentlich angemeldete Aufmärsche in Wismar und Schwerin. Die aggressive Stimmung der Veranstaltungen richtete sich dabei nicht nur gegen Geflüchtete, auch GegendemonstrantInnen und JournalistInnen rückten in den Fokus.

Dämpfer durch Hausdurchsuchungen

Am 2. Dezember 2015 wurden unter anderem die Wohnungen von Bühring und Schramke durchsucht. Dabei stellte die Polizei USB-Sticks, Kameras, Handy, Computer und einen Munitionsgurt sicher. Die Staatsanwaltschaft Schwerin wirft Bühring und Schramke das »Verabreden zum Verbrechen« vor. Laut mehreren Medienberichten sollen die beiden versucht haben, etliche MitstreiterInnen für einen Anschlag auf die Erstaufnahmeeinrichtung in Stern-Buchholz bei Schwerin zu rekrutieren. Bislang gibt es keine Indizien für die Tat. Allerdings wurden bereits Wochen zuvor auf den Facebook-Seiten der »Wehrt-Sich-Gruppen« mehrere Fotos verschiedener Unterkünfte veröffentlicht und angekündigt, man wolle die »Neubürger« herzlich willkommen heißen und grüße an dieser Stelle die »Freunde« in Einsiedeln, Freital, Heidenau und andernorts. Dank der Intervention der Staatsanwaltschaft ist es aktuell um die Gruppe »Dachverband Deutschland wehrt sich« stiller geworden. Ob ein Prozess folgen wird oder ob es sich nur um einen sogenannten ‹Warnschuss› handelt, wird sich noch zeigen müssen.

Rassistische Bürgergesellschaft in Sachsen

Mit weitreichender Unterstützung und oftmals ohne nennenswerten Widerstand haben sich in Sachsen stabile und fest verankerte rassistische Bündnisse etabliert, die auch vor Gewalt nicht zurückschrecken.

von Alexa Anders und Johannes Grunert



^ *normales Bild in Dresden*

Als sich im Oktober 2013 in Schneeberg (Sachsen) zum ersten Mal in größerer Zahl AnwohnerInnen mit NPD-Kadern verbündeten, um gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt zu demonstrieren, bildete dies den Auftakt für eine bundesweite Welle rassistischer Mobilisierungen. Nach kurzer Zeit kam es in Chemnitz und Bautzen zu vergleichbaren Protesten. Nach den Erfolgen der Schneeberger »Lichtelläufe« schliefen diese zunächst zwar wieder ein, doch in mehreren Städten gab es von Zeit zu Zeit weiterhin derartige Versammlungen. Ein Jahr nach Schneeberg, am 20. Oktober 2014, rief Lutz Bachmann zur ersten PEGIDA-Demonstration in Dresden auf. Von Anfang an bestimmte das Thema Asyl die Montagsspaziergänge und sorgte für massiven Zulauf. PEGIDA funktionierte ab Herbst 2014 als Sammelbecken aller »Nein-zum-Heim«-Kampagnen im Umland. Motiviert durch das Dresdner Beispiel und getreu dem Motto »Dresden zeigt, wie es geht«, bildeten sich seit 2015 zahlreiche regionale Ableger und Nachahmer.
Was der NPD im Kommunal- und Landtagswahlkampf 2014 mit ihrer sachsenweiten Kundgebungstour gegen Asyl noch nicht gelungen war, trug nun landesweit Früchte. Zwar war der Beginn der rassistischen Mobilisierungen in Schneeberg von der NPD initiiert, doch der Zulauf für die Partei blieb aus. Die Stimmung verschaffte der NPD nicht einmal den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag im September 2014. Das Thema Asyl jedoch, von der NPD gesetzt, ließ Berührungsängste zu rechten und rassistischen Aufmärschen sinken. Im Herbst 2013 hieß es: »Ein Schneeball kann eine Lawine auslösen und Schneeberg einen Flächenbrand« – 2015 hatte dieser ganz Sachsen erfasst.

Ein sächsischer Sommer

März 2015 in Freital: Als der Landkreis in einem ehemaligen Hotel in der 40.000-EinwohnerInnen-Stadt bis zu 200 Geflüchtete unterbringen wollte, eskalierten die Proteste erstmalig. Am 6. März fand die erste Anti-Asyl-Demonstration mit 2.000 TeilnehmerInnen statt. Mit Feuerwerkskörpern und körperlicher Gewalt versuchten sich Hunderte den Weg durch eine Polizeikette zu der mit gerade einmal 30 Flüchtlingen bewohnten Unterkunft zu bahnen. Fortan demonstrierten die FreitalerInnen jeden Freitag gegen das sogenannte »Hotelheim«, wenn auch »nur noch« mit ein paar hundert DemonstrantInnen. Derweil sammelten sich immer wieder RassistInnen direkt vor dem Heim. Ab Ende März kam es zu zahlreichen Angriffen: Asylsuchende wurden auf der Straße zusammengeschlagen, Steine und Pyrotechnik auf das Heim geworfen. Als das ehemalige Hotel am 22. Juni 2015 als Erstaufnahmeeinrichtung des Landes mit weiteren 280 Geflüchteten belegt wurde, belagerten es RassistInnen eine Woche lang, Abend für Abend. Parolen wurden skandiert, Pyrotechnik gezündet, AntirassistInnen, die sich schützend vor das Heim stellten, mit Flaschen und Steinen attackiert. Nach einer Woche erklärte die Polizei Freital zum Kontrollbereich, um die Lage zu befrieden. Es folgten im Juli Ausschreitungen in Dresden, wo ein Zeltlager für 1.000 Geflüchtete eingerichtet wurde, und im August in Heidenau, wo sich Neonazis und Hooligans zwei Nächte in Folge vor der gerade eröffneten Erstaufnahmeeinrichtung Straßenschlachten mit der Polizei lieferten. Sie versuchten die ankommenden Busse zu blockieren und attackierten eine antirassistische Kundgebung. Trotz bundesweitem medialen Echo und Bekenntnissen der Politprominenz setzte sich die Welle rassistischer und zum Teil gewaltsamer Proteste fort: Angriffe auf Geflüchtete, auf Unterkünfte, auf THW- und DRK-MitarbeiterInnen beim Aufbau eines Camps in Niederau oder auf ankommende Flüchtlingsbusse in Bischofswerda folgten. Im Oktober erreichte die Anzahl an Anti-Asyl-Versammlungen mit 37 innerhalb einer Woche einen vorläufigen Höhepunkt.

Rassistische Netzwerke

Die Bandbreite der Proteste in Sachsen erstreckt sich von friedlichen, aber dennoch ressentimentgeladenen Protesten gegen zentrale Unterbringung von Geflüchteten bis zu offen neonazistischen Aufmärschen von NPD, »Die Rechte« und »Der III. Weg« oder lokalen Kameradschaftsstrukturen. Dazwischen angesiedelt sind die von der PEGIDA-Führung anerkannten und oft mitorganisierten Proteste sowie die von einigen unabhängigen Bündnissen initiierten Veranstaltungen. Im Gegensatz zu den OrganisatorInnen unterscheidet sich das Publikum allerdings kaum. An jedem Ort findet sich die ganze Bandbreite von AlltagsrassistInnen, die sich von den Geflüchteten bedroht sehen, bis zum Neonazi.
Die Entstehung der rassistischen Initiativen läuft meist nach dem gleichen Schema ab: Sobald bekannt wird, dass Geflüchtete im Ort Zuflucht finden sollen, wird eine Facebook-Seite eröffnet, die von bereits bestehenden Initiativen beworben wird. Sind einige hundert Gefällt-mir-Angaben gesammelt, finden fortan Versammlungen wöchentlich, in den meisten Fällen direkt vor dem als Asylunterkunft geplanten Objekt, statt.
Viele rassistische Proteste haben in Sachsen mittlerweile eine so starke Dynamik entwickelt, dass nicht zu erwarten ist, dass diese in kurzer Zeit wieder einschlafen. Vielerorts haben sich fest in den Ortsgemeinschaften verankerte Infrastrukturen gebildet, die von ortsansässigen Gewerbetrei-



benden und PolitikerInnen unterstützt werden. Besonders ausgeprägt zeigt sich dies beispielsweise in dem von VertreterInnen der »Neuen Rechten« gern als »Widerstandsnest« bezeichneten Chemnitz-Einsiedel. Dort protestieren AnwohnerInnen bereits seit knapp drei Monaten dauerhaft mit einem sogenannten »Infostand« gegen den Bezug einer ehemaligen Jugendfreizeitstätte durch Geflüchtete. Mehrmals trafen sie sich schon auf der Zufahrt zum Heim, um einen anberaumten Einzug mit Blockaden zu verhindern. Dabei sind sie nicht nur über soziale Netzwerke gut vernetzt und werden von mehreren CDU-LokalpolitikerInnen unterstützt, sie bekommen auch regelmäßig Spenden aus der Bevölkerung und Unterstützung aus dem Unternehmertum. So stellte ein Vermieter mobiler Saunen dem »Infostand« kürzlich eines seiner Mietobjekte zur Verfügung. Der Wunsch nach »Mehr Einsiedel« in einem Kommentar der »Chemnitzer Morgenpost« verdeutlicht die breite Zustimmung, die bis in die lokale Presse reicht. Das Klima hat sich so sehr verschärft, dass AnwohnerInnen, die nicht zu den Aufmärschen gehen, im Ort angefeindet werden. Götz Kubitschek machte Einsiedel kürzlich zu einem Teil der Kampagne »Ein Prozent« des neurechten Thinktanks »Institut für Staatspolitik«.
Unterstützt durch Verbindungsleute bei Behörden oder Rettungsdiensten sind die RassistInnen oft die ersten, die von der unmittelbar bevorstehenden Ankunft Geflüchteter erfahren. Bischofswerda, Freiberg, Meerane und Jahnsdorf sind Beispiele für Orte, in denen ankommende Geflüchtete in Bussen und Zügen bereits erwartet und mit Wurfgeschossen und Pyrotechnik angegriffen wurden.

Der Ausfall der Zuständigen

Die Reaktionen aus der Lokalpolitik auf rassistische Proteste und Gewalt fallen sachsenweit sehr unterschiedlich aus. Als Heidenau bundesweit Schlagzeilen machte, zeigte Bürgermeister Jürgen Opitz klare Kante und bewies damit den Mut, den andere LokalpolitikerInnen vermissen ließen. In Freital wiederum relativierten die Stadtoberen die Ereignisse. Auf die zunehmende Gewalt gegen Geflüchtete und gegen Engagierte angesprochen, übte sich der neu gewählte CDU-Bürgermeister Uwe Rumberg in Extremismusphrasen und sah die Provokation auf Seiten der antirassistisch Engagierten. In Orten wie Plauen oder Johanngeorgenstadt, wo schon ein SPD-Politiker zu den Rednern zählte, setzt man auf Kommunikation. Das verhindert zwar bislang ein Erstarken der radikalen Kräfte und somit der rassistischen Gewalt, senkt allerdings die Hemmschwelle zum Protest gegen die Unterbringung Geflüchteter erheblich. Viele von Sachsens LokalpolitikerInnen zeigen, dass sie nicht willens sind, sich dem bundesweiten Diskurs um die Aufnahme von Geflüchteten anzuschließen. Das offenbaren eine Reihe BürgermeisterInnen aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit ihrem Brief an Angela Merkel, in dem sie sich offen weigern, Flüchtlinge aufzunehmen. Als Gegenargument führt man immer wieder an, dass die Sorgen und Nöte der ortsansässigen Bevölkerung wichtiger seien als das Schutzbedürfnis Asylsuchender aus fernen Ländern.

Und wo sind die Anständigen?

In Schneeberg sah man noch die Chance, mit Großdemonstrationen in der Provinz die rassistischen Proteste zu skandalisieren. Spätestens seitdem sich die PEGIDA-Aufmärsche als wöchentlicher Anlaufpunkt für »besorgte BürgerInnen« unterschiedlicher Couleur etablierten und steigende fünfstellige TeilnehmerInnenzahlen verzeichneten, wurde den Organisationskreisen der Gegenproteste klar, dass ein kontinuierlicher Protest in großer Personenstärke und mit dauerhafter überregionaler Mobilisierung nicht machbar ist. Stetige Kriminalisierung des Gegenprotests und diverse Angriffe auf GegendemonstrantInnen trugen ihren Teil dazu bei, dass gegen die rassistischen Massendemonstrationen zeitweise niemand mehr auf die Straße ging. Bei kleineren Aufmärschen im ländlichen Raum speist sich das Teilnehmendenpotenzial zum großen Teil aus der lokalen AnwohnerInnenschaft. Ein zivilgesellschaftlicher Gegenprotest bildete sich hier oft gar nicht erst. Zwar existiert auch in vielen kleinen Ortschaften ein Kreis von Menschen, die sich für Asylsuchende einsetzen, aber das ist keineswegs sächsische Normalität, sondern Abweichung von der Norm. Aus dieser Position heraus lässt sich rassistischen Kundgebungen schwer etwas entgegensetzen, vor allem wenn die Unterstützung der lokalen Eliten ausbleibt.

Ein Klima der Angst

Mit dem Auftreten von PEGIDA hat sich nicht nur der Ton gegen Geflüchtete, MigrantInnen sowie gegen alle, die als politische GegnerInnen wahrgenommen werden, verschärft. Angriffe haben in ganz Sachsen seither deutlich zugenommen, insbesondere im Großraum Dresden. Nach Einschätzung der hiesigen Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt hat sich die Anzahl der Angriffe im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt: körperliche Attacken auf Geflüchtete, Brand- und Sprengstoffanschläge auf bewohnte und unbewohnte Flüchtlingsunterkünfte, aggressive Ansammlungen vor Unterkünften bis hin zu Ausschreitungen, aber auch Angriffe auf UnterstützerInnen von Geflüchteten, auf Menschen, die sich in der Öffentlichkeit gegen Rassismus engagieren und auf JournalistInnen.
Dabei ist der Zusammenhang mit der Hetze auf Facebook und auf der Straße offensichtlich. So ist in den zurückliegenden Monaten ein Klima entstanden, in dem die Hemmschwelle, Gewalt auszuüben, stark gesunken ist. Und auch die Qualität der Gewalt hat sich verändert. Am Beispiel Freital war zu beobachten, dass Angriffe, wenn sie ohne staatliche Sanktionen blieben, immer gefährlicher wurden. Am 1. November wurde der sechste Sprengstoffanschlag innerhalb weniger Monate verübt – ein Auto und ein Büro politisch Engagierter und die Fenster von Flüchtlingswohnungen wurden mit manipulierten Böllern gesprengt. Hinzu kamen regelmäßige Bedrohungen und Einschüchterungen. Das Thema Asyl spaltet die deutsche Gesellschaft in Sachsen besonders stark, wo Asylfeinde und RassistInnen ihre Dominanz im Diskurs mit Druck und Gewalt durchzusetzen versuchen.

Gemeinsamer Nenner: Rassismus

Die Lage ist unübersichtlich. Nahezu jeden zweiten Tag gehen Asylfeinde in Brandenburg auf die Straße. Wer die Protestierenden sind, wie stark sie Anklang finden und mit wem sie kooperieren, aber auch die Frage, wie sich die Stimmung verändert, ist vor Ort sehr unterschiedlich.

von Svenna Berger



^ *Transparent der BraMM*

Einen gemeinsamen Nenner gibt es: Rassismus. Knapp 300 Menschen hatten sich am 31. Oktober auf dem Rathausplatz in Bad Freienwalde versammelt: Sie sind wütend auf die PolitikerInnen, die Geflüchtete ins Land lassen, auf die »Gutmenschen«, die sie unterstützen und auf MigrantInnen, die in ihren Augen sofort abgeschoben gehören. Das Szenario ist angesichts der Vielzahl rassistischer Aufmärsche in diesem Jahr keine Besonderheit mehr. Über 200 solcher Versammlungen gab es 2015 – fünfmal so viele wie im Vorjahr. Auch die Teilnehmendenzahl der Kundgebung ist mittlerweile eher Durchschnitt. Nach Lübbenau kamen am selben Tag sogar 700 Menschen.

Breitenwirkung der extremen Rechten

Exemplarisch zeigt sich anhand der Versammlung in Bad Freienwalde die Einigkeit in der Sache: NPD, die Partei »Die Rechte« und »Freie Kräfte« wettern gemeinsam mit der AfD und vielen AnwohnerInnen gegen Geflüchtete. Strukturen wie Anmelder, Ordner und RednerInnen stellen überwiegend organisierte Neonazis; auf Parteilabel aber wird verzichtet. Zur »überparteilichen Veranstaltung« hatte die Facebookseite »Brandenburg erwache«, eine von über 75 asylfeindlichen Seiten im Bundesland, aufgerufen. Auffallend ist dabei, dass ein Großteil des Personenkreises, der dem Aufruf folgte, aus bisher unbekannten Gesichtern besteht. Eine Beobachtung, die gegenwärtig an vielen Orten zu machen ist. Das Gros der Teilnehmenden ist nicht als extrem rechts bekannt, zunehmend treten bisher nicht aktive RassistInnen an die Rednerpulte, deren Hemmungen gegenüber Hass und Gewalt sinken. Aus der ‹labelfreien› Mobilisierung ergeben sich neue Anschlussmöglichkeiten für die NPD und die Kleinstpartei »Der III. Weg«, die seit knapp einem Jahr in Brandenburg ihre Aktivitäten entfaltet, aber auch für »Die Rechte« und »Die Republikaner«, die in Teilen beim PEGIDA-Ableger »BraMM« (»Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung«) aktiv sind.

AfD entdeckt die Straße

Einer der größten Nutznießer der derzeitigen rassistischen Mobilisierung ist die AfD. Seit dem Spätsommer letzten Jahres hat die Partei in Brandenburg die Straßenproteste für sich entdeckt. Mit ihrer bundesweiten »Herbstoffensive« hat sie den rassistischen Zug weiter ins Rollen gebracht und zeigt trotz gegenteiliger Beteuerungen keine Berührungsängste, gemeinsam mit Neonazis aufzutreten: In Bad Freienwalde applaudierte AfD-Pressesprecher Detlev Frye den Rednern der NPD und in Lübbenau stand der Brandenburger Vize-Chef Andreas Kalbitz an der Spitze einer Demonstration der Initiative »Zukunft Heimat«, auf der nicht nur zahlreiche Neonazis mitliefen, sondern deren OrganistatorInnen eine Nähe zum verbotenen »Spreelichter«-Netzwerk aufweisen. Mit der »Nazikeule«, so Kalbitz, sei die AfD jedoch nicht kleinzukriegen. Der Brandenburger Landesverband (siehe drr Nr. 153) hatte bereits im Wahlkampf 2014 deutlich gemacht, dass er den inhaltlichen Schwerpunkt auf Asyl- und Grenzpolitik legt. Und dies machte ihn erfolgreich: Mit 12 Prozent der Zweitstimmen zog die AfD in den Landtag ein. Weder dort noch auf der Straße nimmt sie ein Blatt vor den Mund, unverblümt wettert sie gegen Geflüchtete.

Kein Abriss von Hass und Gewalt

Die rassistische Stimmung, die AfD und Co. befeuern, spiegelt sich in alarmierender Weise in den Gewaltzahlen wieder. Der Verein »Opferperspektive« verzeichnete nach letzten Zählungen im Jahr 2015 die höchste Quote an Gewalttaten seit Gründung der Beratungsstelle 1998, darunter mindestens sechs Brandanschläge. Damit steht Brandenburg nach Zählungen des »Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums Berlin« und der Wochenzeitung »Die Zeit« gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bundesländern an der Spitze. Seit Sommer 2015 gibt es einen deutlichen Anstieg: Unbewohnte Unterkünfte brennen, aber auch auf bewohnte Häuser werden Anschläge verübt, ebenso geraten PolitikerInnen, FlüchtlingshelferInnen und JournalistInnen ins Visier. Ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht. Der Zusammenhang zwischen Stimmungsmache und Gewalt wurde am 20. November in der Kleinstadt Jüterbog handfest: Wenige Stunden vor einem Sprengstoffanschlag auf eine Jugendbegegnungsstätte, die von Geflüchteten genutzt wird, demonstrierte die NPD mit 200 Neonazis durch den Ort.

Brandenburger Engagement unbeirrt?

Noch im Sommer, nach einem Brandanschlag am 25. August in Nauen, zeigten die demokratischen Parteien, antifaschistischen Gruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen innerhalb weniger Stunden ihre Solidarität mit Geflüchteten. Zwei Tage nach den rassistischen Ausschreitungen im sächsischen Heidenau war Brandenburg um ein positives Image bemüht. Wenige Monate später blieb der große Aufschrei aus, als am 27. November der Keller einer Unterkunft in Brandenburg an der Havel brannte. Ist an die Stelle der Empörung die Gewöhnung gerückt? In Teilen mag dies stimmen, doch neben den vielen Schreckensmeldungen gibt es ein beständiges, ehrenamtliches Engagement für die Aufnahme von Flüchtlingen und für ein solidarisches Miteinander. Mit Unterstützung des Flüchtlingsrates in Brandenburg haben sich außerdem zahlreiche Initiativen vernetzt.



^ *MAGIDA-Spaziergang von RassistInnen in Magdeburg am 3. August 2015*

Besorgte BürgerInnen? Neonazis!

Seit einem Jahr geht in Magdeburg MAGIDA auf die Straße. Waren zu Beginn die vielzitierten »besorgten Bürger« vertreten, handelt es sich inzwischen um eine wöchentliche Neonazi-Demonstration.

von Holger Ferner

Woche für Woche das gleiche Bild. Zwischen 60 und 80 AnhängerInnen von »Magdeburg gegen die Islamisierung des Abendlandes« (MAGIDA), Neonazis, Hooligans, Rocker und wenige BürgerInnen versammeln sich um ein Partyzelt, wo aus einer improvisierten Lautsprecheranlage rassistische Reden gehalten werden. Im zurückliegenden Jahr gaben sich prominente und lokale AktivistInnen der extremen Rechten bei den Veranstaltungen die Klinke in die Hand. Die ehemalige NPD-Funktionärin Sigrid Schüßler trat ebenso auf wie die extrem rechte Aktivitstin Melanie Dittmer aus Nordrhein-Westfalen. Die thematische Akzentsetzung der Demonstrationen hat sich allerdings analog der von PEGIDA & Co. geführten rassistischen Debatten verschoben. Stand zu Beginn, Ende Januar 2015, die drohende »Islamisierung« im Mittelpunkt der Agitation, ist es seit Spätsommer vergangenen Jahres die Hetze gegen Flüchtlinge. Dominiert wird die Veranstaltung inzwischen von den Neonazis des Magdeburger Kreisverbandes der Partei «Die Rechte«. So ist zu erklären, dass Songs der RechtsRock Band »Sleipnir« abgespielt werden und in den Ansprachen der RednerInnen die Grenze der Strafbarkeit nur knapp unterschritten wurde. Aus dem MAGIDA-Umfeld kam es im abgelaufenen Jahr immer wieder zu Angriffen auf MigrantInnen und GegendemonstrantInnen. MedienvertreterInnen wurden ebenso angegangen wie neutrale BeobachterInnen der Kirche. Das öffentliche Klima ist für Menschen aus migrantischen Kontexten rauer geworden. Ins Visier von MAGIDA gerieten auch Lokal- und LandtagspolitikerInnen, die für ihr Engagement gegen Neonazis bekannt sind und sich an den Protesten beteiligt hatten.

In internen Foren von MAGIDA geht es noch drastischer zu. ForumsnutzerInnen posten Neujahrsgrüße mit Adolf-Hitler-Motiven, verlinken rassistische Videos und machten gegen eine geplante zentrale Unterkunft für Flüchtlinge in der Stadt Stimmung. Nicht zuletzt schickten sich die MAGIDA-OrganisatorInnen an, den bislang jährlich stattfindenden Neonazi-Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt am 16. Januar zu beerben. Deren OrganisatorInnen hatten Mitte vergangenen Jahres angekündigt, keine weiteren Aufmärsche mehr zu organisieren. Doch wenig später zog MAGIDA seine Anmeldung für den jährlichen »Trauermarsch« wieder zurück. Ebenso beteiligte sich das MAGIDA-Milieu an den Demonstrationen der »Alternative für Deutschland« in der Landeshauptstadt. Der bevorstehende Wahlkampf zu den Landtagswahlen im März lässt eine weitere Verschärfung der rassistischen Tonlage befürchten.

Rechte Mordversuche in NRW

Ausdruck des derzeitigen rassistischen Klimas sind auch schwerste Gewalttaten von rechts. Im vergangenen Jahr gab es in Nordrhein-Westfalen gleich zwei publik gewordene versuchte Tötungsdelikte durch Neonazis. Beide wurden im öffentlichen Diskurs von Grund auf unterschiedlich bewertet.

von Steffen Zacharias



Am 17. Oktober 2015 kam es während des Wahlkampfs zu den Kölner OberbürgermeisterInnenwahlen zu einem Attentat auf die Kandidatin Henriette Reker, die unter anderem von CDU, GRÜNE und FDP unterstützt wurde. Der langjährige Neonazi Frank Steffen, dessen mögliche V-Mann-Tätigkeit derzeit diskutiert wird, attackierte die Kandidatin an einem Wahlkampfstand mit einem Jagdmesser und verletzte sie durch einen Stich in den Hals lebensgefährlich. Der Mordanschlag galt gezielt der Politikerin, sagte Steffen später aus, da diese als ehemalige Sozialdezernentin der Stadt Köln für die Asylpolitik der Stadt verantwortlich sei. Henriette Reker überlebte den Angriff durch eine Notoperation und wurde einen Tag nach dem Attentat zur Oberbürgermeisterin der Stadt Köln gewählt.

Breite Solidarisierung

Im Zuge der breiten medialen Berichterstattungen kam es zu prominenten Solidarisierungen und demonstrativen Aktionen wie einer Menschenkette vor dem Kölner Rathaus. Wenn »aus Worten Taten werden«, kommentierte Bundesjustizminister Heiko Maas das Attentat, sei dies Konsequenz einer sinkenden Hemmschwelle durch Phänomene wie PEGIDA. Zahlreiche PolitikerInnen schlossen sich dem inhaltlich an. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft positionierte sich ebenfalls eindeutig, indem sie den Anschlag als einen »Angriff auf uns alle« bezeichnete. Der Generalbundesanwalt (GBA) hat das Verfahren gegen S. übernommen und ermittelt wegen versuchten Mordes.

»Stirb, du linke Sau!«

Ein gutes halbes Jahr zuvor war es in Wuppertal am 11. April 2015 vor dem lokalen »Autonomen Zentrum« (AZ) zu einem schweren Angriff gekommen, welcher medial nahezu unbeachtet blieb und nicht solcherlei prominente Solidarisierungen nach sich zog. Nach bisherigen Erkenntnissen sollen drei einschlägig vorbestrafte Neonazis auf ihr Opfer, einen 54-jährigen Gast des AZ´s, mit acht Messerstichen eingestochen und auf ihn eingeprügelt haben. Ihrem Opfer fügten die Täter lebensgefährliche Verletzungen zu. Während der Tat sollen sie »Stirb, du linke Sau« sowie »HoGeSa« gerufen haben, so ZeugInnen.

Prozess vor dem Wuppertaler Landgericht

In dem derzeitig laufenden Prozess vor dem Wuppertaler Landgericht wird gegen die drei mutmaßlichen Täter im Alter von 25, 39 und 43 Jahren wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung verhandelt. Unmittelbar vor der Tat sollen sie sich bei dem Angeklagten Thomas P. getroffen haben, um die Anreise zu einer bevorstehenden HoGeSa-Veranstaltung zu planen. Ferner hätten sie sich über die Facebookseite des Neonazi-Hooligan-Netzwerkes kennen gelernt und zuvor zahlreiche HoGeSa-Veranstaltungen gemeinsam besucht.
Von den drei Angeklagten machten bisher nur die sich in Untersuchungshaft befindenden Patrick P. und Rolf B. Einlassungen zum Tatgeschehen. Ein Urteil gegen die drei Angeklagten wird für den 16. Januar erwartet.

»Wir sind nicht rechts, wir sind HoGeSa«

Im Laufe des Prozesses versuchten alle drei Angeklagten sich wiederholt als Neonaziaussteiger zu stilisieren. So hätten sie sich allesamt von dem Weltbild und der Szene gelöst und würden sich jetzt nur noch der HoGeSa zugehörig fühlen. Unmittelbar vor der Inaugenscheinnahme einer Hakenkreuz-Tätowierung auf der Brust des Angeklagten Thomas P. wurde diese – womöglich aus strategischen Gründen – übertätowiert.
Die offensichtliche Überschneidung des nordrhein-westfälischen HoGeSa-Spektrums und der militanten Neonaziszene zeigt sich in nahezu sämtlichen HoGeSa-Aktivitäten. Etwa am 18. Januar 2015, als die beiden Angeklagten Thomas P. und Rolf B. gemeinsam mit über 50 gleichgesinnten HoGeSa-AnhängerInnen versuchten, eine Gedenkveranstaltung für die Betroffenen des NSU-Bombenanschlags in der Kölner Probsteigasse anzugreifen. Die zuvor geplante Ausstattung mit Vermummungsmaterialien und Schlagwerkzeugen bezeugte Thomas P.´s ehemalige Lebensgefährtin in dem derzeitigen Prozess.



< Neonazis und Hooligans versammeln sich am 9. Januar 2016 in Köln zu einem rassistischen Aufmarsch. Auf dem Bild die ehemalige NPD-Funktionärin Sigrid Schüßler (rechts) und die ehemalige Neonazi-Aussteigerin Melanie Dittmer (links). Sie machen sich über die Bürgermeisterin Reker lustig, die im Oktober von dem Neonazi und vermeintlichen V-Mann Frank Steffen mit einem Messer schwer verletzt wurde.

Wuppertal – Köln: zwei Taten, zwei Bewertungen

Beide Fälle zeigen gewisse Analogien auf. So kam es sowohl in Wuppertal als auch in Köln zu einer rechtsmotivierten Messerattacke mit lebensgefährlichen Verletzungen. Jedoch wurden die Taten in der Öffentlichkeit völlig verschieden bewertet; auch die Ermittlungsführung unterschied sich: Das Attentat auf Henriette Reker gilt als »rechter Terror«, die Solidarisierung mit der Betroffenen reichte bis in die Bundesregierung. Der Anschlag in Wuppertal hingegen wurde in den überregionalen Medien kaum wahrgenommen und eine politische Solidarisierung blieb weitgehend aus. Während in Köln der GBA ermittelt und die politische Motivation der Tat außer Frage steht, erwiesen sich die Wuppertaler Ermittlungen als äußerst uneindeutig. So soll es in der Tatnacht zu kritikwürdigem Verhalten der Polizei gekommen sein. Die zuerst erschienenen Rettungskräfte sollen gemeinsam mit zwei Streifenwagenbesatzungen den Verletzten im AZ erstversorgt haben. Während der Erstversorgung sollen sie per Funk aus dem Zentrum beordert worden sein, obwohl sie keiner konkreten Gefährdung ausgesetzt waren und der Geschädigte in Lebensgefahr schwebte. Ferner hat die Wuppertaler Polizei mehrere Wochen nach der Tat damalige Gäste des AZ als Beschuldigte wegen »versuchten Mordes« vorgeladen, obwohl Indizien bereits am Folgetag des Angriffs auf eine rechtsmotivierte Tat hingewiesen hatten.

Die Frage drängt sich auf, ob die unterschiedlichen Reaktionen auf den jeweiligen Rollen der Betroffenen dieser Anschläge basieren. In Köln hat es eine etablierte Politikerin und Repräsentantin der Mehrheitsgesellschaft getroffen, in Wuppertal hingegen einen linken Migranten.

Neonazis und die AfD marschieren in Thüringen

Nur wenige Tage vor dem Jahresende 2015 veröffentlichte die Mobile Beratung in Thüringen (Mobit) die Zahlen ihrer Chronik: Im vergangenen Jahr verzeichnete sie 125 extrem rechte Demonstrationen und 315 weitere öffentliche Aktionen wie Flugblattverteilungen – ein Höchstwert wie es ihn schon seit zehn Jahren nicht mehr gegeben habe.

von Peter Hartbach



^ *Björn Höcke*

Ein großer Teil der Aktivitäten geht auf die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete zurück und ist der Versuch, über die Debatte rund um Flucht und Asyl Mobilisierungserfolge einzufahren. Daneben ist die aktuelle Erscheinungsform der Proteste in Thüringen aber auch den Veränderungen rechter Strukturen geschuldet, die spätestens Ende 2014 mit dem missglückten Einzug der NPD in den Thüringer Landtag begannen. Neben den klassischen Organisationen der extremen Rechten tauchte außerdem mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) ein weiterer Akteur der rassistischen Anti-Asylproteste auf.
Angefangen hatten die Proteste schon vor fast drei Jahren. Bundesweit gehörten die von Spätsommer bis Winter 2013 angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen des Neonazis David Köckert in Greiz mit zur ersten längeren Kampagne dieser Art. Wie auch andere extrem rechte Akteure versuchte er unter dem Deckmantel einer »Bürgerinitiative« zunächst einen seriösen Anschein zu wahren. Doch im November 2013 traten dann mit Patrick Wieschke (ehemals NPD-Landesvorsitzender) und Tony Gentsch (ehemals »Freies Netz Süd«, jetzt »Der III. Weg«) einschlägige Redner ans Mikrofon. Außerdem gab Köckert bekannt, er sei AfD-Mitglied und die Partei versuche, ihm den Mund zu verbieten. Trotz großer Mobilisierung kamen am Ende lediglich rund 150 TeilnehmerInnen, was die geringe Mobilisierungskraft der Szene zeigte.
Anfang 2014 trat Köckert dann offiziell in die NPD ein und wurde im Januar 2015 zum Landesorganisationsleiter der Partei gewählt. Nachdem 2014 vor allem die Kommunal- und Landtagswahlen auch die Aktivitäten der extremen Rechten in Thüringen beschäftigten, führte das Scheitern der NPD zu einer Umstrukturierung der Szene auf verschiedenen Ebenen. Einerseits wurde Patrick Wieschke als zentrale Führungsfigur der NPD durch die Veröffentlichung polizeilicher Ermittlungsakten gegen ihn politisch erheblich beschädigt und musste alle seine Parteiämter auf Bundes- und Landesebene abgeben. Andererseits wurde der in Thüringen seit Jahren fokussierte »Kampf um die Parlamente« wieder vom »Kampf um die Straße« abgelöst.

THÜGIDA: Aktivismus und Sammelbewegung

Zentrale Aktionsform dieses Wandels war in Thüringen zunächst der PEGIDA-Ableger »Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes (SÜGIDA), der mittlerweile als »Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes« (THÜGIDA) firmiert. Im Januar 2015 fanden die wöchentlichen Veranstaltungen noch im südthüringischen Suhl statt. Zwei Monate später dann tauchte »Thügida« im gesamten Bundesland auf. Organisiert werden die Aktionen von etwa 25 Personen aus unterschiedlichen Spektren der extremen Rechten, von denen rund zehn Funktionäre den aktiven Kern bilden. Federführend sind vor allem der NPD-Kader Köckert sowie Axel Schlimper von der »Europäischen Aktion« und Tommy Frenck von der NPD-Abspaltung »Bündnis Zukunft Hildburghausen«. Dabei hat sich THÜGIDA zu einer Sammlungsbewegung entwickelt, in der die Szene beim »Kampf um die Straße« und die rassistische Mobilisierung einen gemeinsamen Weg beschreiten. Neben der Hetze gegen Flüchtlinge bedienen die Reden bei den Veranstaltungen auch Verschwörungstheorien. So wird unterstellt, die »Migrationswaffe« werde gezielt gegen die europäische Bevölkerung eingesetzt. Flankiert werden jene Verschwörungsphantasien durch antisemitische Hetze, die vor allem durch den »Gebietsleiter« der »Europäischen Aktion«, Axel Schlimper, verbreitet wird. Passend zum offenen Rassismus und Antisemitismus sind auch die sonstigen Bekenntnisse der »Europäischen Aktion«. So postete diese im September 2015 auf ihrer Facebook-Seite: »Wir sind keine Rechtsextremisten, sondern Nationalsozialisten!«

»Praktizierter Rassismus« in Schlips und Kragen

Neben den Kernakteuren der extremen Rechten versucht auch die im Thüringer Landtag vertretene AfD, die Flüchtlingsdebatte für sich zu nutzen. Björn Höcke als zentrale Figur des Landesverbandes bewegt sich seit Jahren in Kreisen der »Neuen Rechten«. Seit September 2015 organisiert die AfD in Thüringen – vor allem in Erfurt – wöchentliche Demonstrationen, die sich gegen die Asylpolitik der Bundesregierung richten und Merkels Rücktritt fordern. Am 16. September sagte Höcke unter anderem: »Erfurt ist schön deutsch und Erfurt soll schön deutsch bleiben.« Die TeilnehmerInnenzahlen lagen bisher zwischen 200 in Nordhausen und 5.000 in Erfurt. Ende November hielt Höcke eine Rede bei der Herbsttagung des »Instituts für Staatspolitik«, in welcher er in biologistischem Gestus auch die »Reproduktionsstrategien« von »Afrikanern« und »Europäern« verglich. Selbst ein Gutachten des Politologen Werner Patzelt, der in den letzten Monaten wegen seiner umstrittenen PEGIDA-Thesen in die Kritik geriet, kommt zu dem Schluss, Höcke habe »klaren Rassismus praktiziert«.
Einen kontinuierlichen und flächendeckenden Erfolg konnte die extreme Rechte in Thüringen bisher nicht erreichen. An Demonstrationen der THÜGIDA, NPD oder »Die Rechte« nahmen – wie in Suhl und Waltershausen bei Gotha – einige hundert Menschen teil. Größere Erfolge erzielte die AfD, die mit ihrem Landtagseinzug 2014 und anhaltenden Demonstrationen mit bis zu 5.000 Menschen von der Flüchtlingsdebatte profitieren konnte. Wie woanders auch, bereitet die rassistische Hetze den Boden für Übergriffe und Anschläge: Seit September wurden in Thüringen mehrere geplante Asylunterkünfte niedergebrannt.



Rassistischer Klartext

In einer Rede beim neu-rechten »Institut für Staatspolitik« Ende November 2015 sprach Björn Höcke rassistischen Klartext. Die an einen inneren Kreis neurechter ZuhörerInnen adressierte Rede geriet durch ein vom IfS veröffentlichtes Video zum erneuten Medienskandal um den Thüringer AfD-Fraktionschef.

von Wolfgang Laskowski

Seine Rede mit rassistischen Einlassungen über die angeblichen »Fortpflanzungstypen der Afrikaner« hatte Höcke am 21. November 2015 in Schnellroda in Sachsen-Anhalt gehalten. Dort hat das neurechte »Institut für Staatspolitik« (IfS) seinen Sitz (siehe drr Nr. 157). Die Tagung, auf der Höcke sprach, trug den Titel: »Ansturm auf Europa«. Höcke war als Hauptredner angekündigt, die Tagung laut Veranstalter frühzeitig überbucht. Die Tagungen des IfS in Schnellroda sind eigentlich als geistige Selbstverständigungsorte des rechtsintellektuellen Milieus angelegt. Wer hier spricht, tut dies vor Gleichgesinnten. Anders als in der breiten Öffentlichkeit kann ohne Tabus und Mimikry offen ausgesprochen werden, was im neurechten Milieu Konsens ist. Dessen rechte Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung hält sich nicht mit Quoten- oder Verteilungsfragen auf. Hier geht es um einen generellen Stopp des Zuzugs von Flüchtlingen.

Dass Höcke davon ausging, in einem geschützten Raum vor Gleichgesinnten tabulos sprechen zu können, kann man den einleitenden Worten seines Vortrags entnehmen. Dort unterscheidet er explizit zwischen Reden, wie etwa auf den AfD-Demonstrationen in Erfurt und einem Vortrag vor einem ausgesucht rechten Publikum.

Inhalte der Rede

In seiner Rede entfaltet Höcke das Panorama einer umfassenden Staatskrise, in welcher die Flüchtlingspolitik nur das Symptom, aber nicht die Ursache sei. Das Land werde von einer »Pseudoelite« geführt, die unfähig und unwillig sei, Entscheidungen im Sinne des als überzeitliche Schicksalsgemeinschaft verstandenen Volkes zu treffen. Sodann fügt Höcke den Begriff der »Tatelite« als Unterscheidungsmerkmal ein, die sich durch die Bereitschaft auszeichne, sich gegen Widerstände durchzusetzen. Die »Pseudoelite« sei »im Windschatten der Weltgeschichte entstanden. Sie war ja niemals Tatelite und musste (…) auch niemals Tatelite sein.« Dass der Begriff der »Tatelite« einer Vorstellung von berufener Führerschaft und nicht demokratischer Legimitation entspringt, darf bei Höckes ZuhörerInnen vorausgesetzt werden.

In der Asylpolitik konstatiert Höcke, faktisch alle in den zurückliegenden Monaten angekommenen Flüchtlinge hielten sich illegal in Deutschland auf. Deshalb solle man im Sinne der Besetzung von Begriffen auch nicht von Flüchtlingen sondern von Asylbewerbern sprechen.

Den von ihm diagnostizierten Verfall des Staates vergleicht Höcke mit der Agoniephase der DDR im Jahr 1989. Er spricht von einem »Asylorkan« der über das Land hereingebrochen sei, und dessen sich die BürgerInnen voller Wut erwehrten. Nur eine Partei sei in der Lage, die skizzierte katastrophische Entwicklung zu stoppen: die AfD. In ihr seien in der Mehrzahl IdealistInnen organisiert, die bereit seien, politische »Aufklärungsarbeit« in und außerhalb des Parlaments zu leisten. Höcke wirbt für eine ausgeglichene Balance zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Politikstrategien. Die Mobilisierung der Straße sei derzeit unerlässlich. Mit Blick auf die Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt und den in Schnellroda anwesenden dortigen AfD-Spitzenkandidaten André Poggenburg nennt Höcke das Ziel, als AfD in alle Landtage und 2017 in den Bundestag einzuziehen, so »(…) dass wir innerhalb kürzester Zeit wirklich doch noch die Wende in Deutschland schaffen.«

Höckes explizit rassistische Aussagen über die »Reproduktionsstrategie« in Afrika können im Anschluss an ein im IfS-Verlag »Antaios« erschienenes Buch von Andreas Vonderach interpretiert werden. In dem Band »Völkerpsychologie. Was uns unterscheidet« entwirft der Autor eine biologistische Ethnologie, an welche Höcke in seiner Rede offenbar anschließt, wenn er sagt: »In Afrika herrscht nämlich die sogenanntes r-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt.« Afrika brauche »die europäische Grenze, um zu einer ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik zu finden.«

Reaktionen

Nachdem das TV-Magazin »Panorama« einen Ausschnitt der Rede veröffentlicht hatte, reagierte der Bundesvorstand der AfD mit einer taktischen Distanzierung. Höcke beteuerte wiederum, er habe niemanden abwerten wollen. In den Medien wurde das Statement der Parteiführung als indirekte Aufforderung an Höcke zum Parteiaustritt gedeutet. In einem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) äußerte AfD-Gründungsmitglied Konrad Adam die Befürchtung, die Rede könne eine weitere Spaltung der Partei auslösen. Höckes Äußerungen wurden medial breit rezipiert, jedoch weniger im Kontext der Ideologie intellektueller Rechter gedeutet. Dies allerdings leistete Volker Zastrow in der FAZ. Zwar gab Zastrow im Hinblick auf das Verhältnis zwischen »Junge Freiheit« und »IfS« veraltete Fakten zur Kenntnis, doch seine Analyse des Sounds der neuen Rechten als Tonfall des kalten (faschistischen) Stils und ihrer völkischen Orientierung ist zutreffend.

Götz Kubitschek als Veranstalter zog das Video der Rede Höckes in Schnellroda rasch zurück, und schrieb in seinem Blog, durch dessen Veröffentlichung habe man Höcke »keinen guten Dienst erwiesen.« In der Tat. Offenbar waren sich weder Kubitschek noch Höcke zunächst darüber im Klaren, welche Wirkung eine Rede mit derart klar völkisch-rassistischen Aussagen in der breiten Öffentlichkeit hat. Ein schwerwiegender strategischer Fehler für eine politische Strömung die sich selbst dafür lobt, die jeweiligen Begriffe und politischen Sprechräume strategisch genau zu bestimmen.

Umbau zur völkischen Bewegung

Die »Alternative für Deutschland« ist nach ihrer Spaltung weiter nach rechts gerückt. Das zeigt sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung. So erteilte die Stadt Kassel der Partei eine Absage für die Nutzung von Räumlichkeiten für den Bundesparteitag im November. Auf der nach Hannover verlegten Veranstaltung gab es trotz der demonstrativen Geschlossenheit und Seriosität weiterhin parteiinterne Konflikte.

von Kai Budler



^ André Poggenburg auf dem Parteitag in Hannover am 28. November 2015

Die neuen Konfliktlinien wurden spätestens mit dem Auftritt des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke in der Talkshow »Günther Jauch« im Oktober offensichtlich. Mit »neu-rechten« Ideologiefragmenten und rassistischer Stimmungsmache ging der Gymnasiallehrer aus dem thüringischen Eichsfeld der Bundesspitze offenbar zu weit. In einer E-Mail machten die Bundesvorsitzende Frauke Petry und ihr Ko-Vize Jörg Meuthen deutlich: »Er ist nicht legitimiert, für die Bundespartei zu sprechen«, beide fühlten sich »wie die große Mehrheit der AfD-Mitglieder« vom »derzeitigen Stil des Auftretens des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke nicht vertreten«.

Konsequenzen aus Höckes Verhalten und seinem Auftritt bei Jauch zog der stellvertretende Vorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Brandenburg, Hubertus Rybak. Nur ein halbes Jahr nach seiner Wahl zum Landesvize trat er von diesem Amt zurück und verließ die Partei. Seinen Schritt begründete Rybak mit Höckes Auftreten und dem Rechtskurs der AfD. Denn: Der ersten E-Mail der Bundesspitze folgte wenig später Petrys Aussage »Wir sind eine gemeinsame Partei. Inhaltlich gibt es keine Differenzen zwischen uns«, mit der sie sich nun hinter den vorher von ihr gescholtenen Höcke stellte. Ihren Auftritt als Rednerin bei einem AfD-Aufmarsch in Erfurt 14 Tage später, am 4. November, sagte sie dennoch ab und versuchte damit die »Abschlussveranstaltung der AfD-Herbstoffensive 2015 in Berlin« aufzuwerten. Doch konnten in Berlin die bundesweit angereisten 5.000 AufmarschteilnehmerInnen die regelmäßig von Höcke angeführten AfD-Aufmärsche in Erfurt zahlenmäßig nicht übertrumpfen. Pikanterweise hatten auf der dortigen Bühne neben ihm auch die AfD-Bundesvorstandsmitglieder Alexander Gauland, Paul Hampel und André Poggenburg geredet. Sie gehören wie andere RednerInnen in der Landeshauptstadt zu der strategischen Hausmacht, die Höcke bei seinen Aufmärschen und Kundgebungen hinter sich sammelt. Erst im November stellte Gauland aus Brandenburg mit Höcke »Fünf Grundsätze für Deutschland« vor, die deutliche neu-rechte Töne anschlagen. Gleichzeitig versichert auch Gauland, es gebe keine Anzeichen für einen weiteren Richtungs- und Machtkampf. Zumindest die von Petry propagierte inhaltliche Übereinstimmung mit dem Thüringer Landeschef ist ihrem Versprechen nach der Parteispaltung geschuldet, fortan mehr integrieren zu wollen. Ein Vorhaben, das nur unter Einbeziehung des gewachsenen Flügels um Höcke gelingen kann. In der Fokussierung auf das ausgerufene »Asylchaos« ist die AfD erneut zur Ein-Thema-Partei geworden, deren prägnantestes Gesicht eben jener Politiker geworden ist, der auf Positionen setzt, die denen der extremen Rechten zum Verwechseln ähnlich sind. Mit den Aufmärschen in der Landeshauptstadt initiierte der Landesverband eine Thüringer Variante der PEGIDA-Aufzüge mit Höcke als Integrationsfigur. Nachdem dieser bereits im März PEGIDA und Co. als »bürgerliche Protestbewegungen« bezeichnet hatte, propagiert er nun den »Bürgerprotest« auf der Straße, um den Forderungen der AfD als neue außerparlamentarische Opposition Gewicht zu verleihen. In Erfurt beschwört Höcke sein Publikum mit den Worten »Wir brauchen einen neuen Bundeskanzler und der kann nur aus der AfD kommen« – an Frauke Petry dürfte er dabei kaum gedacht haben. Mit ihrer Wandlung zu einer parlamentarischen Vertretung von PEGIDA verändert sich auch die Anhängerschaft der Partei. Nach einer Forsa-Befragung Ende November hatten sich 38 Prozent der WählerInnen politisch als rechts verortet. Bei einer Umfrage im Mai 2014 waren es noch 28 Prozent.

Sachsen-Anhalt

Mit den Anti-Asyl-Protesten erhofft sich die AfD auch parlamentarische Erfolge, denn am 13. März 2016 finden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt Landtagswahlen statt, am 4. September wählt Mecklenburg-Vorpommern seinen Landtag und am 18. September findet in Berlin die Wahl des Abgeordnetenhauses statt. Die Spitzen aus Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt waren bereits in Erfurt, um für sich zu werben. Höcke und Co. wiederum reisten zu einer Kundgebung nach Magdeburg, Mitte November 2015 sprach Alexander Gauland dort an der Seite des Landesvorsitzenden André Poggenburg. Dieser versuchte an der Elbe, Aufmärsche nach dem Erfurter Vorbild zu organisieren, an denen sich auch AnhängerInnen der extrem rechten MAGIDA beteiligten. Ohnehin hat der jüngst zum AfD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2016 gewählte Poggenburg wenig Berührungsängste mit Rechtsaußen. Im Mai 2015 hatte er in einem Interview mit dem MDR erklärt, mit NPDlern im Kreistag Burgenlandkreis zusammen zu arbeiten und daher zu wissen, dass das »nicht alles Extremisten sind«. Kurz zuvor hatte der selbständige Apparate- und Behälterbauer an einer Veranstaltung des rechten »Compact«-Magazins um Jürgen Elsässer in Tröglitz teilgenommen. Ausgerechnet in dem Ort, in dem einen Monat vorher ein Flüchtlingsheim gebrannt hatte, diskutierten Elsässer und Poggenburg mit den Neonazis und NPDlern Christian Bärthel und Steffen Thiel die Frage »Ist die deutsche Einwanderungs- bzw. Asylpolitik gescheitert?«. Auch zur »Neuen Rechten« hat der AfD-Landesvorsitzende gute Kontakte, Götz Kubitschek vom »Institut für Staatspolitik« kennt er persönlich. Innerparteilich gibt es aber Vorbehalte gegen Poggenburg, für Jörn Kruse – AfD-Fraktionschef in Hamburg – ist er »ähnlich indiskutabel wie Höcke«.

Rheinland-Pfalz

Währenddessen warb der rheinland-pfälzische Verband mit der Teilnahme von Frauke Petry für einen Aufzug »gegen das Asylchaos« in Mainz an einem Wochenende im November, an dem auch der Parteitag der AfD



zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz stattfand. Zum Spitzenkandidaten der Partei gewählt wurde der Landesvorsitzende Uwe Junge, der Mitglied der islamfeindlichen Partei »Die Freiheit« war. Der Oberstleutnant dürfte eigentlich gar kein AfD-Mitglied sein, denn 2013 hatte die Partei einen Unvereinbarkeitsbeschluss für aktive oder ehemalige Mitglieder der Partei »Die Freiheit« gefasst. Gleich auf Platz 2 der Wahlliste folgte der 2. stellvertretende Landesvorsitzende Joachim Paul. Der Gymnasiallehrer ist Mitglied in der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«, die besonders durch ihre Forderung nach einem »Arier-Paragraphen« bekannt wurde. Auch ein Blick auf das Landesvorstandsmitglied Andreas Bleck spricht Bände. Der angehende Lehrer, der auch Bundesvorstandsmitglied der »Jungen Alternative« (JA) ist, beteiligte sich als Mitglied der rechtspopulistischen und islamfeindlichen Organisation »Pax Europa« an rassistischen Veranstaltungen, die unter anderem von der rassistischen Homepage »PI News« unterstützt wurden. Es ist genau dieses Personal, das an der Absicht der Petry-Strategie »mehr in die Mitte der politischen Landschaft zu rücken« zweifeln lässt.

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg würde der Verband um Bundesvize und Landessprecher Jörg Meuthen gern den Eindruck vermeiden, die AfD rücke zu weit nach rechts. Doch auch hier wird rassistische Stimmungsmache betrieben wie etwa von Meuthen, der die Flüchtlinge mit einem »Tsunami« gleichsetzt. Nicht zu vergessen: Die AfD im Ländle ist die Heimat von Mitgliedern wie Dubravko Mandic, der Barack Obama einen »Quoten-Neger« genannt hatte und mit der NPD sympathisiert, oder Heinrich Fiechtner, der den Koran mit Hitlers »Mein Kampf« verglichen hatte. Ein Ausschlussverfahren gegen Mandic wurde eingestellt, Fiechtner konnte auf dem Parteitag Meuthen als Spitzenkandidaten vorschlagen. Auf dem AfD-Parteitag in Horb klingen aber eher völkische Töne an, zum Beispiel bei der Vorstellung des Wahlprogramms durch den Leiter der Programmkommission, Marc Jongen. Da ist von »staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten« und dem »Fortbestand der Völker« die Rede, die Regierungsmitglieder in Berlin und Stuttgart sind »Saboteure unseres Staates«.

Mecklenburg-Vorpommern

Etwas anders sieht es bei der AfD in Mecklenburg-Vorpommern aus, wo sie im September 2016 mit einem zweistelligen Ergebnis in den Schweriner Landtag einziehen will. Auf dem Parteitag in Güstrow bestätigten die Mitglieder die beiden bisherigen Vorstandssprecher Matthias Manthei und Leif-Erik Holm, die als Vertreter des bürgerlichen Lagers in der AfD gelten. Ihre beiden KonkurrentInnen fielen in der Gunst der Mitglieder durch: Petra Federau, die wegen rassistischer Äußerungen auf Facebook in die Kritik geraten war und Holger Arppe, den das Amtsgericht Rostock wegen Volksverhetzung im Internet verurteilt hatte. Am Tag vor dem Landesparteitag waren 400 Personen dem Aufruf der AfD zu einem Aufmarsch in Schwerin gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik gefolgt. In ihrem Landeswahlprogramm propagiert der Verband den Bau von »Aufnahmezentren« in der Nähe der Heimatstaaten der Flüchtlinge.

Und sonst?

In Brandenburg bleibt die AfD auch nach der Wahl eines neuen Landesvizes auf Rechtsaußenkurs. Auf dem Landesparteitag setzte sich mit einem deutlichen Stimmenvorsprung der AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Kalbitz durch, der seinen Verband auf Oppositionsarbeit einschwor. Kalbitz war früher Mitglied der Partei »Die Republikaner«, weswegen die Landtagsmehrheit seine Wahl in die Kommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes abgelehnt hatte. Erst kürzlich war er als Vorsitzender des extrem rechten Vereins »Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit« erneut ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Damit ist er kein Einzelfall in Brandenburg, denn mehr als zwei Drittel der zehnköpfigen Landtagsfraktion gelten als »rechtsaffin« oder waren Mitglied in »diversen rechten, rechtspopulistischen oder rechtsextremen Kleinparteien«, heißt es in einer Studie im Auftrag der Partei »Die LINKE« in Brandenburg. Ein Ergebnis, das dem Vorhaben des Landesvorsitzenden Alexander Gauland, die Partei zur bürgerlichen Mitte hin zu öffnen, ebensowenig nützen dürfte wie sein Ausspruch, ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen seien »nützliche Idioten«.

Weichenstellung

Für die AfD war der Parteitag in Hannover im Vergleich zu dem vorherigen eine unspektakuläre Veranstaltung. Anträge, Positionen und Beschlüsse wurden nicht groß diskutiert, sondern durchgewunken. Das Treffen war ein Zeichen für eine weitere Radikalisierung der Partei nach dem mit der Spaltung einhergegangenen Rechtsruck. Das zeigt exemplarisch die Entscheidung der knapp 600 Delegierten gegen eine Resolution des Bundesvorstandes zur Asylpolitik. Stattdessen votierten sie für einen radikaleren Gegenentwurf aus Nordrhein-Westfalen, der unter anderem den Familiennachzug begrenzen oder abschaffen und eine Asyl-Obergrenze einführen will. Zusammengefasst: Das Asylrecht »muss und kann beschränkt« und soll der »Sicherheit des Staates und seiner Bevölkerung untergeordnet« werden. Für die Bundesspitze ein peinliches Ergebnis, denn der Autor des Antrags, der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Martin Renner, gilt als Gegner seines Ko-Vorsitzenden Marcus Pretzell, Petrys neuem Lebensgefährten. Renner hatte erst bei seinem Wahlantritt im Sommer 2015 die Entnazifizierung der Alliierten als »Instrument der psychologischen Kriegsführung« bezeichnet, mit der »die Tradition, die Sprache, die Kultur in Deutschland zerstört« werden sollte.
Auch die offizielle Anerkennung der ohnehin schon radikaleren »Jungen Alternative« (JA) als AfD-Jugendorganisation dürfte für einen noch schärferen Rechtsaußen-Kurs als bisher sorgen. Ihr Bundesvorsitzender, Markus Frohnmaier, hatte auf einem AfD-Aufmarsch im Oktober 2015 in Erfurt gedroht: »Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht, denn wir sind das Volk«.
Die AfD befindet sich im rasanten Umbau einer rechten Partei völkischen Zuschnitts mit wenig Berührungsängsten zur extrem rechten Szene. Wie sich dies in den Grundsätzen der Partei niederschlägt, wird der für das Frühjahr 2016 geplante Programmparteitag zeigen. Nach den anstehenden Wahlen wird man sehen, wer den Grundsätzen seinen Stempel aufdrücken kann. Die derzeit schwelenden Machtkonflikte werden dann öffentlich ausgetragen werden müssen.



^ *Frauke Petry lässt sich auf dem Parteitag der AfD in Hannover feiern*

Systemkritik oder politischer Pragmatismus?

Die Frage des Umgangs mit der »Alternative für Deutschland« und ihren Flügeln spaltet die »Neue Rechte«. Während die »Junge Freiheit« auf das Petry-Lager setzt, baut das »Institut für Staatspolitik« um Götz Kubitschek auf Höcke & Co.

von Helmut Kellershohn

Die Spaltung der jungkonservativen »Neuen Rechten« in der Frage, wie man sich auf die »Alternative für Deutschland« (AfD) zu beziehen habe, sollte nicht überbewertet werden. Auch zu den Hochzeiten des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik gab es eine nicht unbeträchtliche Variationsbreite ideologischer Positionen und strategischer Optionen. Das gemeinsame Ziel eines Staatsumbaus, hin zu einem autoritären Staat, der sich von Parteiendemokratie und Parlamentarismus weitgehend ‹emanzipiert› hat, wurde auf durchaus unterschiedlichen Pfaden verfolgt. Insbesondere die Differenzierung zwischen einer auf die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten und einer auf Massenpropaganda setzenden Orientierung sei hier erwähnt. Auch dies spielt in den aktuellen Kontroversen eine Rolle, zusammen mit anderen Fragen, etwa zum Verhältnis von Meta- und Realpolitik oder ob die Parteiform unter den gegebenen Bedingungen noch angemessen sei.

Umwälzung des Parteiensystems vs. Ausweitung der Kampfzone

Die »Junge Freiheit« (JF) mit dem tonangebenden Chefredakteur und Verlagsgeschäftsführer Dieter Stein hat sich einer pragmatischen, realpolitischen Haltung verschrieben und verfolgt eine gradualistische Strategie des »Schritt für Schritt«. Ausgehend von der These, dass rechts von der Union ein machtpolitisches Vakuum entstanden sei, betrachtet Stein die AfD als eine Art Hebel, um das »Monopol« der Unionsparteien auf die Vertretung bürgerlicher Interessen zu brechen und eine »Umwälzung des deutschen Parteiensystems« zu bewirken. Dazu sei es wenig sinnvoll, als systemkritische Partei von rechts aufzutreten. Vielmehr müsse unbedingt der Eindruck vermieden werden, die AfD sei rechtspopulistisch oder gar rechtsradikal. Folglich setzte man in den Flügelkämpfen auf eine Politik des »Ausgleichs«, die am ehesten von Bernd Lucke repräsentiert werden könne, zur Not aber auch von Frauke Petry. Bereits vor dem Parteitag im Juli 2015, auf dem es zur Spaltung der AfD kam, konnte man einen Schwenk hin zu Petry erkennen.

Im »Institut für Staatspolitik« (IfS) setzte sich der Kurs von Götz Kubitschek gegenüber den Vorstellungen von Karlheinz Weißmann durch, der im April 2014 das IfS verließ und sich der Position Steins anschloss. Zusammen mit Martin Lichtmesz, Manfred Kleine-Hartlage und anderen brachte Kubitschek seine Skepsis gegenüber der AfD und der Parteiform generell zum Ausdruck. Einerseits sprach er von einer »Ausweitung der Kampfzone« und der »Öffnung eines zusätzlichen Resonanzraums«, den man nutzen müsse. Andererseits hob er die Gefahr hervor, dass mit zunehmendem Erfolg der AfD eine »Mauer« zementiert werden könnte. Wer

dann »von rechts« argumentiere und die AfD kritisiere, werde »gründlicher außen vor als bisher« sein. Er wäre »selbst an diese Bewegung nicht mehr anschlussfähig. Insofern käme der AfD im System des Machterhalts und des Elitenwechsels der Mitte die Rolle des Staubsaugers und zugleich der Kantenschere zu«. Hier wird deutlich: Während für die JF die Anschlussfähigkeit in die Mitte Garant für die Aushebelung der Monopolstellung der Union ist, wäre dies für das IfS ein Kurs, der die »Kantenschere« nach rechts ansetzt und die Erweiterung des Aktionsraums behindern würde.

Der ‹Geist von Schnellroda› in Erfurt

Hinter dieser Skepsis steht bei Kubitschek eine bestimmte Haltung. Er ist der Existenzialist unter den Jungkonservativen, dem der persönliche Einsatz nach dem Motto »Ich handle, also bin ich« als Leitbild dient. Und er ist politischer Existenzialist, insofern sich das Primat der Tat aus einem »Mangel an Versöhnung« mit dem bestehenden ‹System› speist. Die politische Konsequenz, die Kubitschek daraus zieht, ist – im Gegensatz zum Gradualismus der JF – die Unterstützung von Aktivitäten und Bewegungen, die sich seiner Meinung nach am weitesten dem Etablierten verweigern beziehungsweise über das Bestehende hinausweisen. Gegen Steins Prinzip des Ausgleichs forderte Kubitschek im September 2014: »Das Konservative, das Rechte, das Reaktionäre, das Unzeitgemäße, das Widerständige, das Immergültige muß gestärkt werden – in der AfD genauso wie gesamtgesellschaftlich.« Im Oktober 2014 wurde offenbar, was Kubitschek damit konkret meinte, nämlich die Unterstützung für seinen »alte(n) Bekannten« Björn Höcke, den er wie ein Kaninchen aus dem Zauberhut zog. Das war also seine Antwort auf die Präferenz der JF für Bernd Lucke. In der Folge kam es zu einem kommunikativen Wechselspiel zwischen Höcke und Kubitschek, in dem sich beide, rhetorisch wie ideologisch, die Bälle zuspielten, um den Machtkampf in der AfD in die gewünschte Richtung zu lenken. Das Ganze mündete in die »Erfurter Erklärung« vom März 2015, in der sich der ‹Geist von Schnellroda›, dem Sitz des IfS, ein Stück weit wiederfinden sollte.

Ziviler Ungehorsam oder Marsch durch die Institutionen?

»Gesamtgesellschaftlich« profilierte sich Kubitschek nach eigener Sicht als »Vermittler«, nach Meinung von Kathrin Oertel als »Berater« von LEGIDA und PEGIDA. Zudem präsentierte er sich in seinen Reden, wie einst Fichte, als »Präzeptor Germaniae«, der die ‹Wut›-BürgerInnen in die Geschichte des deutschen Volkstums einweiht oder ihnen Nachhilfeunterricht in Sachen Strategie gibt. In der Rede vom 5. Oktober 2015 bediente er sich der klassischen Mittel der Massenagitation, prangerte das angebliche Staatsversagen in der Flüchtlingsfrage an und beschwor die Pflicht, »gegen die Auflösung unseres Volkes Widerstand zu leisten«. Dabei knüpfte er an die Aktionsformen an, derer sich PEGIDA bereits bemächtigt hatte, und versuchte, neue Ziele zu setzen: Er plädierte dafür, nicht nur in Dresden, der »Hauptstadt des Widerstands«, zu demonstrieren, sondern den Widerstand in den »Widerstandsprovinznestern« zu forcieren und eine Massendemonstration in Berlin zu veranstalten. Es gelte, nicht nur symbolische »Grenzsicherungen« wie in Sebnitz zu organisieren, sondern nach dem Vorbild der österreichischen »Identitären« »mit dem Bau von Grenzzäunen zu beginnen« oder Grenzübergänge zumindest »vorübergehend« zu sperren; nicht nur Flüchtlingsheime zu blockieren wie in Übigau oder Einsiedel, sondern sich zu überlegen, wie weit man gehen kann, um »dem Staat Beine zu machen«.

Den Aufruf zum gezielten Rechtsbruch – »jenseits geltender Gesetze zu handeln« –, wenn auch in den Grenzen »zivilen Ungehorsams«, begründete Kubitschek mit einer klassischen jungkonservativen Denkfigur, nämlich der Unterscheidung von »Staatsidee«, an der man sich orientieren müsse, und »konkreter Staatswirklichkeit«, die man, weil »die Rechtsordnung an sich aus den Fugen« geraten sei, bekämpfen müsse. Diese Selbstermächtigung hatte Kubitschek bereits in einer Zeit, als er noch theoretisch über das von ihm propagierte Prinzip der »Provokation« räsonierte, einmal so hergeleitet: »Die angemessene Haltung des Wahlpreußen von heute [Kubitschek über sich; H.K.] dem Staat gegenüber ist die des Getreuen, der die Idee vor der Wirklichkeit retten möchte. Er muß den Tabubruch, den gezielten Regelverstoß, den zivilen Ungehorsam, die Respektlosigkeit als politische Waffe einüben und einsetzen. Er muß bekämpfen, was den Staat zerstört und die Nation kastriert. Er muß den Staat retten, und das bedeutet nichts anderes, als daß er den Staat von seinen abträglichen Institutionen befreit, ohne die Institutionen des Staats an sich in Frage zu stellen.«

Dies schrieb Kubitschek 2007 in der JF, als IfS und JF sich noch im Zustand einer geregelten, arbeitsteiligen Kooperation befanden. Man sieht die Kontinuität des Gedankens, nur dass der ‹Bewegungsunternehmer› Kubitschek ihn jetzt den ‹Massen› als legitimes Ziel ihrer Aktivitäten offeriert. Dazwischen liegen die »Konservativ-subversive Aktion« (KSA), die Austauschprozesse mit den »Identitären« in Frankreich und Österreich sowie mit der neofaschistischen Bewegung »CasaPound« in Italien und neuerdings die Kungeleien mit dem selbsternannten Nationalbolschewisten Jürgen Elsässer.

Mit der Grundidee wären Karlheinz Weißmann und Dieter Stein sicherlich einverstanden. Nach Weißmann müsse man um die Verfassung kämpfen, um sie von ihren liberalen und linken Elementen zu befreien, was nichts anderes als ein Plädoyer für den autoritären Staat ist. Der Weg dorthin ist allerdings ein anderer, nämlich über eine »Neugestaltung des deutschen Parteiensystems« durch eine Art ‹langen Marsch› durch die Institutionen des bürgerlichen Staates. Schritt für Schritt könnten dann die Bedingungen für einen Staatsumbau geschaffen werden, begleitet von der Schaffung einer weltanschaulich geschulten neuen Elite, die in der Lage ist, Führungspositionen im »Neuen Staat« zu übernehmen.

Nun müssen sich diese langfristig angelegten strategischen Optionen nicht widersprechen, jedenfalls in der Theorie nicht. In der Praxis aber wird Politik immer noch von konkreten Personen gemacht. Nach Lage der Dinge, sieht man sich das Führungspersonal der AfD an, könnte allenfalls Höcke jemand sein, der den institutionellen Weg und Kubitscheks Provokationsstrategie miteinander verbinden könnte. Gauland ist zu alt und Petry in der heiklen Rolle, die früher Lucke zukam, in der man nur allzu leicht verlieren kann. Die Granden des Jungkonservatismus, Stein und Weißmann, können sich mit dem (aus ihrer Sicht) Emporkömmling und intellektuellen Nobody Höcke freilich bislang nicht anfreunden. Den Auftritt Höckes bei »Günter Jauch« kommentierte Stein mit bissigen Worten: »Desaster«, »peinlicher Auftritt«, stillos (»breitbeinig dasitzender und immer wieder unpassend grinsender Vertreter des rechten Parteiflügels«), inkompetent (er kompensiere bei den Demonstrationen in Thüringen seine »Unsicherheit mit hohlem nationalen Pathos«). Das riecht nach Abkanzeln. Stein bleibt bei seinem Kurs und setzt auf die Führung um Petry und Meuthen, die er mahnt, sie müssten endlich das »Außenbild der Partei« bestimmen. Denn: »Läßt die AfD-Spitze die Sache treiben, wird Höcke den Kurs der Partei bestimmen. Wohin dieser Kurs führt, steht fest: nicht nur ins rechte Ghetto, sondern auch in die politische Marginalisierung.« Die Niederlage der Parteiführung in der Abstimmung um das Asylpapier auf dem Bundesparteitag in Hannover hat er bislang freilich nicht kommentiert.

Summa summarum: Das jungkonservative Hegemonieprojekt ist zweifellos in der Krise. Die strategischen Optionen driften auseinander, eine Vermittlung ist zurzeit nicht in Sicht, trotz Signalen zur Gesprächsaufnahme zwischen JF und IfS. Seit langem konnte das IfS wieder einmal einen Werbeprospekt in der JF unterbringen. Das jüngst veröffentlichte Buch des Soziologen Armin Nassehi (»Die letzte Stunde der Wahrheit«) mit einem darin abgedruckten Briefwechsel Nassehis mit Kubitschek wurde positiv rezensiert und JF-Vielschreiber Thorsten Hinz, der sich anscheinend als Vermittler profilieren will, durfte in der JF eine Lanze für das Geschäft der Systemkritik (wider den Pragmatismus) brechen. Man wird sehen, wie sich das alles weiter entwickelt.

Extremismusforschung auf dem rechten Weg

Seit ihren Anfängen in den 1980er Jahren war die Extremismusforschung Stichwortgeberin für konservative und neurechte Politik. Immer wieder zeigten sich die reaktionären Positionen der ProtagonistInnen. Aktuellstes Beispiel ist der »Linksextremismusforscher« Karsten Dustin Hoffmann.

von Max Heim

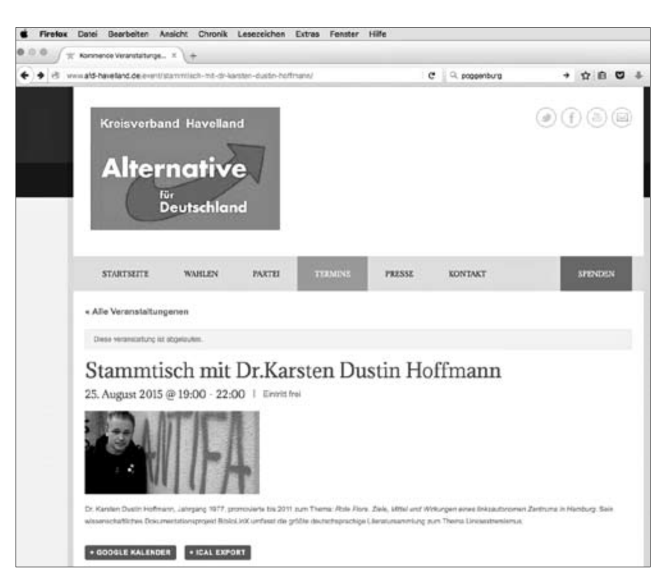
Die Liste der Beziehungen von VertreterInnen der wissenschaftlich stark umstrittenen Extremismus-»Theorie« nach rechts ist lang. Lothar Fritze, Mitarbeiter des »Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung« (HAIT) verurteilte in seinen moralphilosophischen Abhandlungen Ende der 1990er Jahre den Hitler-Attentäter Georg Elser und unterstellte Churchill eine Mitverantwortung für den Holocaust. 1990 veröffentlichten die beiden prominentesten Extremismusforscher Eckhard Jesse und Uwe Backes zusammen mit Rainer Zitelmann einen Sammelband zum Historikerstreit, den Heribert Prantl in der »Süddeutschen Zeitung« als »Standardwerk des gemäßigten Geschichtsrevisionismus« bezeichnete. Jesse zog Kritik auf sich, als er eine Ursache des aktuellen Antisemitismus im Verhalten des Zentralrats der Juden sah. Hinsichtlich der Pogrome Anfang der 90er Jahre warnten Jesse und Backes vor Panikmache und beschrieben die TäterInnen als »nicht-organisierte Kinder und Jugendliche und 50 Beifallsklatscher aus der Bevölkerung«.

»Linksextremismusexperte«

Auf dieser Liste, die sich weiter fortsetzen ließe, hat seit einiger Zeit der Hamburger Politikwissenschaftler Karsten Dustin Hoffmann einen festen Platz. Er promovierte 2011 bei Jesse über das Autonome Zentrum »Rote Flora« in Hamburg, welches er aus seiner Zeit als Bereitschaftspolizist gut kannte, wie er selbst schreibt. Hoffmann hat es sich zum Ziel gesetzt, die militante Linke in der Bundesrepublik zu beobachten und betreibt dazu das Blog »BibliolinX«. Er schrieb eine Expertise für das »Linksextremismusprojekt« der Gedenkstätte Hohenschönhausen und auch die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte zwei Artikel von ihm. Durch Eckhard Jesse eröffneten sich Wege, im Jahrbuch »Extremismus und Demokratie« und für die CSU-nahe »Hans-Seidl-Stiftung« (HSS) zu schreiben. Ersteres gibt Jesse heraus, bei der HSS ist Jesse Vertrauensdozent. In der HSS-Publikation »Politische Studien« veröffentlichte Hoffmann Anfang 2014 mit dem ehemaligen Mitglied des Bundesvorstandes der Partei »Die Freiheit«, Felix Strüning, und dem »Junge Freiheit«-Autor André Freudenberg eine Analyse mit dem Titel »Der schwarze Block und die Gesellschaft«.

Vor rechtem Publikum

In letzter Zeit scheint das Interesse für Hoffmanns Arbeit abgenommen zu haben. Seit Herbst 2014 tourt er relativ erfolglos mit seinem Vortrag »Farbanschlag und Zeitzünder – die militante Linke in Deutschland« durchs Land. Bisher interessierten sich nur die »Bürger in Wut Bremen«, die Jugend der »Alternative für Deutschland« in Lüneburg und die Berliner »Bibliothek des Konservatismus« für seine Ausführungen. Die »Bibliothek des Konservatismus« vereint verschiedene Strömungen der »Neuen Rechten« wie Burschenschafter, LebensschützerInnen, MontagsdemonstrantInnen – ein Spektrum, in dem Hoffmanns Ausführungen offenbar Beachtung finden. Eckhard Jesse schrieb 2001 im Hinblick auf die linken KritikerInnen der Extremismustheorie: »Es muss offen ausgesprochen werden, dass viele selbst Strömungen nahe stehen, gegen die sich extremismustheoretische Betrachtungen wenden«. Weniger streng sieht er die Umtriebe von Hoffmann, der noch 2015 in seinem Jahrbuch veröffentlichte.



^ *Werbung für eine AfD-Veranstaltung mit »Linksextremismusforscher« Karsten Dustin Hoffmann*

Fragwürdige Einschätzungen

Neben seiner politischen Positionierung ist auch die fragwürdige Qualität seiner wissenschaftlichen Arbeit bemerkenswert. Darin richtet er den Fokus auf die Zeichnung eines Schreckensszenarios linker Gewalt. Für ihn sind militante Linke all jene, die schon mal auf einer Demo waren: »Insofern dürfen nicht nur diejenigen zur militanten Linken gezählt werden, die selbst Straftaten begehen, sondern auch alle Personen, die sich durch ihre Anwesenheit oder sympathisierende Äußerungen mit linken Straftätern solidarisieren.« Diese überaus heterogene Gruppe bringt er – intellektuell recht brachial – mit Gewaltphantasien auf dem Internetportal »linksunten.indymedia«, Bombenanschlägen und anderen Gewalttaten in Verbindung. Regelmäßige Demos mit über 10.000 militanten Linken mit ähnlichen Auseinandersetzungen wie am 21. Dezember 2013 in Hamburg, im Rahmen einer Demonstration für die »Rote Flora«, hält er für realistisch – auch wenn sie bis heute ausblieben.

Fern jeglicher Realität ist auch seine Analyse der vergleichsweise hohen Anzahl von Angriffen auf Parteibüros von SPD und Grünen 2013/2014. »Den Linken in den Großstädten gehen die rechten politischen Gegner aus«, interpretierte er auf einem seiner Vorträge. Dass diese Parteien vor allem durch ihre kritisierte Flüchtlingspolitik in Berlin und Hamburg Unmut auf sich gezogen haben, scheint dem »Linksextremismusexperten« entgangen zu sein.

Die offensichtliche Ahnungslosigkeit von seinem Forschungsgegenstand dürfte aber weniger ein Problem für Hoffmanns wissenschaftliche Karriere sein als die offene Nähe zu neurechten Organisationen. Mitte der 1990er Jahre verlor Hans-Helmut Knütter den Rückhalt seiner konservativen Freunde der Extremismusforschung, da er zu lange auf rechten Wegen stolzierte. Ähnlich ging es Ernst Nolte. Es ist zu vermuten, dass Hoffmann selbst für die Extremismusforschung bald nicht mehr tragbar ist. Schade eigentlich, zeigt er doch durch personelle Nähe die intellektuelle Heimat der Extremismusforschung ungeschminkt auf.

Razzien in Freital

Freital. Am 5. November wurden neun Wohnungen von Mitgliedern einer »rechten Bürgerwehr« in Freital und Dresden durchsucht. Dabei wurden nach Polizeiangaben mehrere Spreng- und Brandvorrichtungen sowie Kugelbomben und Schwarzpulver gefunden und außerdem Vermummungsgegenstände, Datenträger, eine Hakenkreuzflagge und weitere nationalsozialistische Devotionalien sichergestellt. Vier Personen wurden festgenommen. Laut der Generalstaatsanwaltschaft werden insgesamt sechs Männern und einer Frau das Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, versuchte gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen. Sie sollen unter anderem beteiligt gewesen sein an einem Sprengstoff- und Buttersäureanschlag auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden sowie auf ein Flüchtlingsheim in Freital, bei dem ein Bewohner verletzt wurde.

Bombenattrappe in geplanter Flüchtlingsunterkunft

Zwickau. Am 1. Dezember 2015 nahm die Polizei in Zwickau drei Männer im Alter von 23, 25 und 31 Jahren vorläufig fest, die im Verdacht stehen, einen bombenähnlichen Gegenstand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft platziert zu haben. Zwei von ihnen seien bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten, allerdings nicht in Verbindung mit einem extrem rechten Hintergrund. Der vermeintliche Sprengsatz stellte sich als Attrappe heraus. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft ermitteln nun wegen der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. In dem ehemaligen Baumarkt sollen im Januar Geflüchtete untergebracht werden.

Verhaftungen wegen Brandanschlags

Meißen. Am 3. Dezember wurden Haftbefehle wegen schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung gegen zwei 37 und 41 Jahre alte Männer erlassen. Sie werden verdächtigt, am 28. Juni 2015 einen Brandanschlag auf eine noch unbewohnte Unterkunft für Geflüchtete verübt zu haben und für eine Überschwemmung im Keller des Gebäudes sechs Wochen später verantwortlich zu sein. Es entstand ein Schaden von mindestens 10.000 Euro. Sie hätten den Einzug der Geflüchteten aus fremdenfeindlichen Motiven verhindern wollen, hieß es. Laut Staatsanwaltschaft Sachsen sei es bisher unklar, ob die Täter einen extrem rechten Hintergrund hätten.

Rassistische Übergriffe von Kindern auf Geflüchtete

Wurzen. Am 8. Dezember wurden fünf Kinder von Geflüchteten von ihren deutschen MitschülerInnen angegriffen. Diese bespuckten die Opfer, bewarfen sie mit Steinen, schubsten und klemmten sie in einer Tür ein. Eine Neunjährige erlitt Knochenabsplitterungen, eine 14-Jährige Quetschungen am Arm. Es war bereits der fünfte bekannte Übergriff seitens deutscher MitschülerInnen innerhalb der vier Wochen, seit denen die Kinder von Geflüchteten die Schule besuchen. Aus Angst vor weiteren Angriffen werden sie nun vorerst nicht mehr zur Schule geschickt. Lehrer und Schulleitung erklärten, Gespräche mit den Eltern der angreifenden Kinder seien wirkungslos, da diese das Verhalten tolerieren oder gar belohnen würden.

Bus mit Geflüchteten attackiert

Jahnsdorf im Erzgebirge. Am Abend des 11. Dezember 2015 wurde ein Bus mit Geflüchteten von 30 Personen angegriffen, als er das dortige Wohnheim erreichte. Die AngreiferInnen blockierten das Fahrzeug und bewarfen es dann mit Böllern und Gegenständen, wobei eine Scheibe zu Bruch ging und der Busfahrer durch einen Böller verletzt wurde. Das operative Abwehrzentrum der Polizei Leipzig ermittelt wegen Landfriedensbruchs. Die Geflüchteten wurden in eine andere Unterkunft gebracht. Schon im Vorfeld hatte es Proteste gegen die geplante Unterbringung von Geflüchteten in Jahnsdorf gegeben.

US-Neonazi zum Tode verurteilt

Johnson/Kansas. Am 11. November 2015 wurde der Neonazi Frazier Glenn Cross vor einem Gericht wegen Mordes zum Tode verurteilt. Im April 2014 hatte er auf dem Gelände eines jüdischen Gemeindezentrums sowie vor einem jüdischen Altersheim drei Menschen erschossen. Der 74-Jährige war führendes Mitglied des »Ku-Klux-Klans«. Während der Verhandlung zeigte er den Hitlergruß und wurde daraufhin aus dem Saal entfernt. Reue zeigte er nur, weil er Christen getötet hatte, obwohl er eigentlich Juden hätte töten wollen, hieß es.

Rechte Band in Tschechien bekommt Publikumspreis

Prag. Die Band »Ortel« hat Ende November den zweiten Platz als beste Band des Publikumspreises »Tschechische Nachtigall« erhalten, der als bedeutendster Musikpreis Tschechiens gilt. Die Band um Frontmann Tomás Ortel ist vor allem für ihre islamfeindlichen Texte bekannt und ist nicht nur in der extremen Rechten beliebt. Das Lied »Hadr« (2007) gilt als Hymne der inzwischen verbotenen »Dělnické strany« (Arbeiterpartei). Die extrem rechte Partei »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«) beglückwünschte Ortel zu der Auszeichnung.

»Front National«

Paris. In der ersten Runde der Regionalwahlen in Frankreich am 6. Dezember 2015 wurde die extrem rechte Partei »Front National« (FN) unter Führung von Marine Le Pen stärkste Partei. Sie erlangte rund 28 Prozent der Stimmen und liegt damit bei der letzten landesweiten Entscheidung vor der Präsidentschaftswahl 2017 vorn. Im Wahlkampf forderte Le Pen die Schließung der Grenzen und mehr innere Sicherheit und positionierte sich gegen Europa. In Nord-Pas-de-Calais-Picardie gewann sie damit 40,3 Prozent der Stimmen, ihre Nichte Marion Maréchal-Le Pen führt mit 41,2 Prozent in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur im Südosten Frankreichs. Bei der zweiten Runde am 13. Dezember 2015 gewann der FN in keiner der Regionen und landete landesweit mit 27 Prozent auf dem dritten Platz. Die Wahlbeteiligung lag im zweiten Wahlgang deutlich höher, außerdem hatte die »Parti socialiste« (»Sozialistische Partei«) in einigen Regionen ihr Mandat zurückgezogen, um die Konservativen zu stärken und einen erneuten Erfolg des FN zu verhindern.

Rassistische Proteste eskalieren

Geldermalsen. Am 16. Dezember 2015 sind in der niederländischen Kleinstadt Geldermalsen rassistische Proteste, an denen circa 2.000 Personen teilnahmen, eskaliert. Es wurden rassistische Parolen gerufen, Bauzäune niedergerissen und Polizeikräfte angegriffen. Während der zeitgleich stattfindenden Gemeinderatssitzung, auf der über die Unterbringung von 1.500 Geflüchteten entschieden werden sollte, versuchten etwa 80 Personen, den Saal zu stürmen. Sie warfen mit Steinen, Dosen und Böllern; Fensterscheiben gingen zu Bruch und zwei Polizisten wurden leicht verletzt. Die Sitzung wurde abgebrochen, die Polizei musste Warnschüsse abgeben, um die Angreifer zu stoppen. 14 Personen wurden festgenommen.

Das »Bildungswerk Stanisław Hantz«

Das Jahr 2015 war vom Gedenken an den Nationalsozialismus geprägt. Bei den zahlreichen Feierlichkeiten fiel auf, dass immer weniger Menschen Zeugnis über ihre Verfolgung und über die menschenverachtende Politik des Nationalsozialismus abgeben können. Stanisław Hantz, der 2008 verstarb, gehörte zu jenen, welche die Inhaftierung in mehreren Konzentrationslagern überlebten. Er war nicht nur Namensgeber des Bildungswerks, sondern erzählte auch auf Studienreisen von seinen Erfahrungen.
Mit Steffen Hänschen und Florian Ross vom »Bildungswerk Stanisław Hantz e. V.« sprach Margarete Schlüter von der rechte rand über die Geschichte und die Aktivitäten des Bildungswerks, die Studienfahrten und die Bedeutung von ZeitzeugInnen.

drr: Seit 1995 und damit seit über 20 Jahren bietet ihr Studienreisen nach Auschwitz-Birkenau und zu anderen ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagern in Polen und mittlerweile auch in Litauen und in der Ukraine an. Wie seid ihr auf diese Idee gekommen?
Bildungswerk: Unsere Arbeit entstand über den Kontakt zu jüdischen und nicht-jüdischen Überlebenden der nationalsozialistischen Besetzung Polens. 1995 fuhren wir erstmals mit unserem Namensgeber Stanisław Hantz zu den Gedenkstätten in Auschwitz-Birkenau. Staszek, wie er von seinen FreundInnen genannt wurde, war als polnischer politischer Häftling mehrere Jahre in Auschwitz inhaftiert. In beeindruckender Offenheit erinnerte er sich an das Lagerleben und brachte uns Geschichte auf sehr persönliche Art nahe. Frei von Ideologien und einfachen Freund- und Feindbildern schaute er auch hinter das scheinbar Offensichtliche, nahm Widersprüche auf und verfolgte sie. So konnten bei ihm TäterInnen auch Angst haben und Opfer sich von ihren dunkelsten Seiten zeigen. Und dennoch blieb die Klarheit, dass es eben Täter und Opfer gab, und diese Grenzen sich nicht aufheben. Mit seiner Art seine Vergangenheit zu betrachten, hat Stanisław Hantz uns sehr schnell für sich eingenommen und in diesem Sinne auch unsere Arbeit geprägt. Ohne den Kontakt zu den Überlebenden der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wäre weder das Bildungswerk entstanden noch hätten wir angefangen uns so zu engagieren. Ihre Erzählungen haben viele Fragen bei uns aufgeworfen.

Ihr engagiert Euch über die Studienfahrten hinaus zum Beispiel in der Erinnerungsarbeit vor Ort – in welchem Zusammenhang steht das alles? Und welchen Einblick erhalten Teilnehmende?
Wir wollen auf unseren Fahrten nicht nur unbeteiligte Beobachter bleiben, die erzählen, was an den Orten vor 70 Jahren geschehen ist. Im Vordergrund unserer Arbeit steht darum, Verantwortung für die deutsche Geschichte zu übernehmen, die Erinnerung wach zu halten und dieses Wissen in die Gegenwart einfließen zu lassen. Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen, bedeutet für uns auch, aktiv ein Teil im heutigen Gedenken zu sein. Wir möchten dies mit einem Beispiel verdeutlichen: Im Jahr 2003 haben wir die Entstehung der Gedenkallee in dem ehemaligen Mordlager Sobibór initiiert. Auf dem symbolischen Weg, den die jüdischen Opfer zu den Gaskammern gehen mussten, konnten seitdem in den letzten zehn Jahren über 250 Gedenksteine aufgestellt werden. Der Weg selbst ist von Fichten gesäumt. Auf den Steinen wird jeweils an eine konkrete Person oder Familie erinnert. Die Nazis hatten versucht, die Person auch aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis auszulöschen, der Gedenkstein hingegen holt diese Person aus dem Vergessen zurück, ihr Schicksal wird neu erzählt. Wenn wir heute mit Gruppen die Gedenkstätte Sobibór besuchen, bleiben wir immer auch vor einem Stein stehen und erzählen, für wen er aufgestellt wurde, und was wir heute über die Person noch wissen. Auch laden wir SchülerInnengruppen aus der Region ein, die an unseren Gedenkveranstaltungen teilnehmen können. Die TeilnehmerInnen unserer Reisen bekommen so eine Idee davon, dass an dem Ort eine konkrete Person ermordet wurde und sehen, dass die Geschehnisse auch vor Ort nicht vergessen wurden. Uns war wichtig, die Gedenkallee zu einem lebendigen Projekt zu machen. Sie sollte ständig wachsen und Gruppen wie Einzelpersonen die Möglichkeit eröffnen, die Erinnerung an den Mord in ihre aktuellen Aktivitäten zu integrieren. In diesem Jahr haben wir in diesem Zusammenhang eine neue Initiative gestartet. Auf der Webseite (www.sobibor.de) können die Lebensgeschichten der Menschen nachvollzogen werden, für die ein Stein gestiftet wurde. Leider müssen wir in diesem Zusammenhang auch sagen, dass diese Initiative »von unten« keinen Bestand haben wird. Im Zuge der Neustrukturierung der Gedenkstätte Sobibór wird die Allee zerstört werden, wobei nur die bisher aufgestellten Steine an eine andere Stelle gesetzt werden. Der aktuelle Stand ist, dass die Gedenkstätte Sobibór das Aufstellen von neuen Gedenksteinen untersagt hat.

Ich finde es wichtig zu betonen, dass euer Engagement im Bildungswerk ehrenamtlich ist. Welche Vor- und Nachteile erwachsen Eurer Meinung nach daraus?
Alles, was wir tun, geschieht aus unserem persönlichen Engagement. Wir können selbst entscheiden und tun und lassen, was wir für richtig halten. Niemand zieht einen kommerziellen Nutzen daraus, eventuelle Überschüsse bei unseren Reisen fließen wieder zurück in unsere Projekte. Es gibt keine Institution, die uns Vorschriften macht. Wir finden diese Unabhängigkeit für unsere Arbeit sehr wichtig. Der Nachteil ist, dass wir wegen einer fehlenden finanziellen Unterstützung die Reisen nicht günstiger anbieten können. Wir sehen sie zwar auch nicht als teuer an, schöner wäre es aber, wenn auch diejenigen mit wenig Einkommen mitfahren könnten. Regelmäßig sprengen zum Beispiel Initiativen mit Schulen oder anderen interessierten Gruppen vor Ort unser finanzielles Budget.



Inwiefern unterscheidet sich ein Teil Eures Studienreisenangebots von anderen AnbieterInnen?
Persönliches wie politisches Interesse verbindet sich mit pädagogischer Arbeit. Interessant wird die Arbeit für uns dort, wenn wir es schaffen, neue Fragen aufzuwerfen und zwar für uns selbst wie auch für die TeilnehmerInnen. Wenn wir ein festes Programm hätten, das jedes Jahr gleich aussehen würde, hätten die Reisen für uns selbst den Reiz verloren. So aber lernen wir einerseits dazu und andererseits können wir an den Orten, an denen wir uns aufhalten, initiativ sein. Darüber hinaus ist die Reise zu den Lagern der »Aktion Reinhardt«, Bełżec, Sobibór und Treblinka, mittlerweile trinational. Menschen aus Deutschland, Polen und den Niederlanden thematisieren die unterschiedlichen Situationen in ihren jeweiligen Ländern. Auch arbeiten wir mit Schulen und anderen Institutionen in Polen zusammen, um gemeinsam neue Gedenk- und Erinnerungsprojekte zu entwickeln.

Ihr habt den Anspruch, »die Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik von verschiedenen Blickwinkeln aus zu betrachten«. Was heißt das genau?
Je nach ethnischer, Alters- oder auch persönlicher Perspektive wird die Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik anders erzählt und verhandelt. So ist es nie so, dass es in einem Land nur Opfer oder TäterInnen gab. Auch das Gedenken an die Opfer findet unterschiedlich statt, in Deutschland und auch in den Niederlanden wird es völlig anders bewertet als beispielsweise in der Ukraine. Auf diese Unterschiede wollen wir hinweisen, da sie für das Verständnis der Geschichte unverzichtbar sind. Dabei geht es freilich nicht nur um die Zeit der deutschen Besatzung, sondern auch die Nachkriegszeit. Wie sah die Gedenkpolitik in den 1950er Jahren in Polen aus, warum sehen die Gedenkstätten dort heute so aus, wie sie aussehen? Das ist die eine Ebene. Eine zweite ist die Perspektive der Opfer und der TäterInnen. Hier wollen wir zeigen, wie die einzelnen Personen funktioniert und agiert haben. Welche Rolle spielten die Reichsdeutschen in dem nationalsozialistischen Machtgefüge, die sich im besetzten Mittel- und Osteuropa aufhielten und zum Beispiel als Lehrer oder Sekretärin arbeiteten? Wichtig ist für uns, sich dabei persönlich nicht abzugrenzen und wegzukommen von einem Schubladendenken, das eine Überzeugung produziert, man selbst würde so nie handeln. Wenn wir die verschiedenen Facetten derselben Geschichte einbeziehen, halten wir die Geschehnisse nicht mehr von uns weg, sondern holen sie nah an unsere eigene Person heran.

Eure Reisen zeichneten sich bis vor kurzem durch die Einbindung von ZeitzeugInnen aus. Die wenigen, die noch leben, können aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr mitreisen. Was machte die Anwesenheit von ZeitzeugInnen so wichtig für die Reisen?
Von Beginn unserer Arbeit an haben wir mit vielen ZeitzeugInnen zusammengearbeitet. Sie haben unser Schaffen geprägt und das wird auch in der Zukunft so bleiben. Durch ZeitzeugInnen wird Geschichte viel unmittelbarer, viel wahrer: Wenn einem jemand gegenübersteht, der geschlagen wurde, ist das etwas anderes, als wenn ich erzähle, dass jemand geschlagen wurde. Das, was ein Zeitzeuge am Ort seines Leidens erzählt, ist näher, authentischer und beeindruckender als alles, was über Auschwitz, Treblinka oder irgendeinen anderen Ort geschrieben wurde. Für die Arbeit und Wirkung der Zeitzeugen gibt es keine wirkliche Alternative. Wir können sie nicht »ersetzen«.

Welche Herausforderungen seht ihr für Euch in der Zukunft?
Eine große Frage, die leicht zu Allgemeinplätzen verleitet. Im Nachkriegsdeutschland sind immer wieder Schlussstriche unter die Geschichte des Holocaust gezogen worden. Erfolglos. Heute, über 70 Jahre nach dem Mordterror, ist das Interesse der Menschen nicht erloschen. Im Gegenteil. An unseren Bildungsreisen zu den Mordstätten nehmen immer mehr Menschen teil. Vermutlich werden mehr Bücher denn je zum Thema veröffentlicht. Natürlich verschieben sich die Themen bei der Beschäftigung mit dem Holocaust. Anfänglich standen die Opfer im Mittelpunkt. Hinzu gekommen sind die Geschichte der TäterInnen, der ZuschauerInnen, der nationalen HelferInnen der deutschen TäterInnen wie auch die Rolle der Frauen als Täterinnen und Zuarbeiterinnen für den Mordterror. So steht zum Beispiel noch eine Aufarbeitung des alltäglichen, jüdischen Widerstands aus – wie die Menschen individuell versucht haben, sich dem Mordterror zu entziehen. Es gibt also noch genug zu tun.

Vielen Dank für das Gespräch!

Weitere Informationen zum Bildungswerk unter: http://www.bildungswerk-ks.de und www.sobibor.de

»Unheimliche Nazi-Mörder-Braut«

von Sascha Schmidt

Mit den Bezeichnungen »Nazi-Braut«, »heißer Feger« oder »der Teufel hat sich schick gemacht« wird Beate Zschäpe in medialen Darstellungen – anders als Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos – wiederholt klischeehaft vergeschlechtlicht dargestellt. Während Mundlos und Böhnhardt fast ausnahmslos anhand ihrer politischen Einstellungen und Taten als mordende Neonazis charakterisiert werden, wird Zschäpe vielfach als Mitläuferin dargestellt. Anders als bei den männlichen Vertretern des Kerntrios, setzen sich Medien zudem mit Zschäpes Aussehen, Kleidungsstil, ihrer Vorliebe für Katzen oder Spekulationen über ihr Liebesleben auseinander.

Zu diesen Ergebnissen kommt Charlie Kaufhold in der diskursanalytischen Untersuchung »In guter Gesellschaft? – Geschlecht, Schuld und Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe«. Kaufholds diskursanalytischer Fokus liegt auf der Kategorie Geschlecht. Untersucht werden insbesondere Zeitungsartikel aus »die tageszeitung«, der »Süddeutschen Zeitung« und der »BILD«, die zwischen November 2011 und Mai 2013 erschienen sind. Kaufhold arbeitet heraus, dass sowohl eine »dämonisierende« als auch eine »bagatellisierende Feminisierung« von Zschäpe vorgenommen wird. Die Funktion der Dämonisierung sieht Kaufhold in einer Externalisierung Zschäpes aus der Mehrheitsgesellschaft. Die Bagatellisierung Zschäpes innerhalb des Kerntrios des »Nationalsozialistischen Untergrunds« hingegen impliziert eine Identifizierung mit Zschäpe. Kaufhold zufolge dienen beide Formen der Abwehr von Schuld.

Im weiteren Verlauf vergleicht Kaufhold die Berichterstattung über Zschäpe mit jener aus dem Prozess gegen NS-Täterinnen des KZ Ravensbrück von 1947. Die Berichterstattungen gleichen sich laut Kaufhold sowohl in Bezug auf die dämonisierende und bagatellisierende Berichterstattung als auch dadurch, dass »Weiblichkeit und damit verbunden die Sexualität der Angeklagten [den] zentralen medialen Bezugspunkt« bilden.

Diese Kontinuität liest Kaufhold als Indiz dafür, dass der Nationalsozialismus noch immer nicht aufgearbeitet und die Schuldabwehr im Umgang mit (neo-)nazistischen Taten über Generationen hinweg weitergegeben und als psychosoziale Struktur erhalten worden sei. Gerade dieser historische Vergleich macht dieses Buch besonders lesenswert.

Charlie Kaufhold: In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld und Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe. Münster: edition assemblage, 2015, 112 Seiten, 14 Euro.

AfD – rechte »Mut«-BürgerInnen

von Nina Rink

Häusler und Roeser legen ein Portrait mit dem Fokus auf die rechten Strömungen in der »Alternative für Deutschland« (AfD) vor. Sie verorten die AfD ideologisch zwischen Nationalliberalismus, Nationalkonservatismus und Rechtspopulismus. Ausführlich werden Vorläuferparteien mitsamt personeller Schnittmengen und politischem Kontext beschrieben, aus dem die Partei entstanden ist. Kontinuitäten werden aufgezeigt, welche die Herkunft der Parteimitglieder und die Einbettung in rechte Strukturen illustrieren. Ein Kapitel ist den Bezügen zum rechten Populismus gewidmet. Die Autoren ziehen Vergleiche mit anderen europäischen EU-feindlichen rechten Parteien und verdeutlichen Parallelen in Themensetzung und Rhetorik zu Thilo Sarrazin und anderen Rechtspopulisten. Sehr interessant ist die Analyse rechter Aktivitäten innerhalb der Landesverbände sowie die Reaktionen der Parteien vom rechten Rand und die Rezeption rechter Medien. Außerdem wird das Verhältnis länger bestehender Parteien, extrem rechter und neu-rechter Gruppierungen und Strukturen zur AfD beleuchtet. Durch das, was andere sagen und schreiben, wird die AfD innerhalb des rechten Spektrums eingeordnet und charakterisiert.

Insgesamt wird deutlich, woher das Potenzial der AfD kommt, an rechte Diskurse anzuschließen. Von den neuesten Entwicklungen wurde das Buch jedoch überholt. Mit der Wahl von Frauke Petry zur Parteichefin und dem Austritt des »Wirtschaftsflügels« ist die Partei weiter nach rechts gerückt und dockt in einigen Regionen erfolgreich an die PEGIDA-‹Bewegung› und andere rassistische Proteste an. Auch wenn die Analyse dieser neuesten Zuspitzung fehlt, erklärt das Buch die Entwicklung dahin. Besonders die Fähigkeit, scheinbar anschlussfähige Themen aufzugreifen – damals zur Griechenlandkrise, jetzt hauptsächlich zur Zuwanderung – populistische Forderungen einzuflechten und damit dem rechten Potenzial aus allen Gesellschaftsschichten ein Angebot zu machen, wird – unabhängig von den neuesten personellen Veränderungen – deutlich und zeigt, was andere Parteien trotz inhaltlicher Überschneidungen und ähnlicher Rhetorik nicht geschafft haben. Um die davon ausgehenden Gefahren aufzuzeigen, ist das Buch mit den Erklärungen, zahlreichen Zitaten und Veröffentlichungen eine nützliche Materialsammlung für die Argumentation gegen die AfD.

Alexander Häusler / Rainer Roeser: Die rechten ›Mut‹-Bürger – Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland. Hamburg: VSA-Verlag, 2015, 158 Seiten, 12,80 Euro.

Europas Rechte

von Ernst Kovahl

Die AutorInnen des Buches »Europas Rechte. Das Konzept des modernisierten Rechtspopulismus« beschreiben den »Frühling des rechten Populismus« quer durch Europa, zeigen die Entwicklung von einem »Randphänomen zum politischen Akteur« und beleuchten in kurzen Länderberichten »Schwedendemokraten«, die »Alternative für Deutschland« sowie den französischen »Front National«. Sie gehen davon aus, dass diese Strömung der extremen Rechten keine »kurze hysterische Periode« oder ein »Protest- oder Randphänomen«, sondern »zu einer festen Größe des politischen Systems geworden« sei. Der Aufstieg des europäischen »Rechtspopulismus« wird vor dem Hintergrund und als Ergebnis schwerer ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche, von massiven Spaltungen der Gesellschaften Europas und zunehmender sozialer und politischer Ungleichheit beschrieben. Deutlich warnen die AutorInnen aber davor, das Erstarken der Rechten als »direkte Auswirkung« der Krisen zu verstehen. Spanien oder Portugal haben beispielsweise gezeigt, dass Wirtschaftskrisen nicht zwingend zu einer starken Rechten führen. Zumal gerade in wohlhabenderen Staaten Europas rechte Parteien Erfolge vorweisen können. Ursache für einen Rechtsruck sei nicht »primär (...) die tatsächliche, sondern (...) die gefühlte Krise«. Die »Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg«, »die Sorge um den Sozialstaat«, politische und gesellschaftliche »Ohnmacht« sowie »Zukunftsängste« würden erfolgreich von rechts aufgegriffen und in Wahl- und Straßenmobilisierungen umgesetzt. Um der Rechten auf Erfolgskurs entgegen zu treten, brauche es antifaschistischen und antirassistischen Protest und Widerstand sowie eine starke Zivilgesellschaft. Doch vor allem brauche es eine ganz andere Politik, um der Rechten das Wasser abzugraben. Es brauche von links eine Antwort auf »soziale Spaltung und Abstiegsängste, fraktionierte Demokratie, Krise der politischen Systeme und die tiefe Krise der EU«.

Das Buch leidet unter ungenauen Begriffen – mal wird das Phänomen »Rechtspopulismus« genannt, dann »Neue Rechte« und schließlich »modernisierte Rechte«. Doch gerade der Begriff der »Neuen Rechten« sollte eng definiert werden (siehe drr Nr. 157). Der Band ist weniger eine Einführung ins Thema oder eine klassische antifaschistische Recherche, sondern mehr ein politischer und kontrovers zu diskutierender Debattenbeitrag.

Joachim Bischoff / Elisabeth Gauthier / Bernhard Müller (Hrsg.): Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus, VSA Verlag, Hamburg 2015, 132 Seiten, 11 Euro.



Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Apabiz (Seite 3)
Roland Geisheimer (Seiten 4, 14, 18, 23)
Mark Mühlhaus (Seiten 1, 9, 26, 28)
Peter Juelich (Seite 8)
Christian Ditsch (Seiten 10, 12, 20)
Robert-Andreasch (Seite 16)
CHB (Seite 21)
drr-Archiv (Seite 30)
Margarete Schlüter (Seite 33)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

